Dienstag, den 12. Oktober 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 238

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“ Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf, auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Hohenzollernvergleich vor dem Landtag.

Annahme durch alle bürgerlichen Parteien sicher. — Die Regierung erklärt Wilhelms Rückkehr weder für erwünscht noch für möglich.

Im Preußischen Landtag hat gestern die Beratung eines Gesetzes begonnen, das uns Sozialdemokraten wenig Freude machen kann: Finanzminister Höpker-Aschoff legte im Auftrag der Koalitionsregierung sein Kompromiß mit den Hohenzollern über deren Vermögens-Auseinandersetzung mit dem Staat vor. Was wir in dieser Sache wünschen, ist in unserer Agitation für den Volksentscheid zum Ausdruck gebracht worden. Es ist die Enteignung dieses mit staatlichen Machtmitteln zusammengeraubten Vermögens und die Anweisung der Familie Wilhelms II. auf dasjenige Einkommen, das sie sich durch Arbeit verdient, sowie auf diejenigen Pensionen, die eine ganze Reihe ihrer Prinzen für angebliche frühere Arbeit als jugendliche Generale ohnehin erhalten. Aber unser Volksbegehren hat bekanntlich nicht die von der Reichsregierung als notwendig bezeichnete Stimmenzahl bekommen. Der Versuch, im Reichstag dann wenigstens ein der Volksnot Rechnung tragendes Kompromiß durchzubringen, ist gleichfalls gescheitert. Dr. Wirth hat kürzlich in einer Berliner Rede die Schuld daran den zu weit gehenden Forderungen der Sozialdemokratie gegeben, aber selbst der auf dem linksten Flügel unserer Partei stehende Spezialjurist und Abgeordnete Dr. Rosenfeld war grundsätzlich zu Kompromißverhandlungen im Reichstag bereit und es war das mangelnde Entgegenkommen der immer nach rechts schielenden Mittelparteien, das schließlich im Reichsparlament jedes Kompromiß scheitern ließ. In dieser Lage hat die preußische Regierung einen Zwang gesehen, auf ein neues Angebot der Hohenzollern Verhandlungen von sich aus wieder aufzunehmen. Kommt nämlich gar keine Neuregelung zustande, so behalten die Hohenzollern alles, was sie bisherhaben. Man wird auch kaum sagen können, daß der Entschluß der Preußenregierung zu Verhandlungen voreilig war, weil immerhin nochmals im Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden oder eine neue Volksentscheid-Propaganda ins Werk gesetzt werden konnte. Ein neues Volksbegehren wäre doch nach der ersten Erfahrung vielen und gerade auch radikalen Republikanern nicht mehr sehr aussichtsvoll erschienen. Das vollständige Scheitern einer Lösung im Reich abzuwarten hätte aber bedeutet, daß das letzte Druckmittel gegen die Hohenzollern bei Vergleichsverhandlungen in einem späteren Zeitpunkte gefehlt hätte.

Nur Verantwortungslosigkeit gegenüber den notleidenden Massen, wie die Kommunisten sie sich leisten, konnte also Kompromißversuche von vornherein ablehnen. Das Ergebnis der Verhandlungen des demokratischen Finanzministers aber kann auch uns in keiner Weise befriedigen. Gewiß, es ist besser als der letzte Vorschag der Reichsregierung, wenn man zusammenrechnet, was die Hohenzollern damals an Geld und Land noch bekommen sollten und was ihnen jetzt zufällt. Aber einzelne Punkte auch des jetzigen Vorschlages wirken doch immer noch aufreizend genug in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit und des Massenelends. Und selbst dort, wo sachlich vielleicht nicht einmal die schwächsten Punkte des Kompromisses liegen, hat eine starrköpfige Formulierung unnötig böses Blut machen müssen. Wie kann ein demokratischer Politiker — wenn er auch einen dicken Westfalenschädel hat wie der preußische Finanzminister — eine so unpolitische Formulierung in die Oeffentlichkeit bringen, wie den Paragraphen über das Aufenthaltsrecht Wilhelms II. auf Schloß Homburg. Gestern hat im Landtag der Minister auseinandergesetzt, daß er nicht wünscht, Wilhelm II. möge von diesem Rechte Gebrauch machen und daß dies praktisch auch gar nicht geschehen könne, weil der frühere Monarch keine Einreise-Erlaubnis bekommen habe. Aber für die Frage der Einreise ist die preußische Regierung bekanntlich gar nicht zuständig, sondern die Reichsregierung. Wenn diese sich auch in der heutigen außenpolitischen Lage die Dummheit einer solchen Verbeugung vor Wilhelm II. noch nicht leisten durfte, so wissen wir doch nicht, was sie in einiger Zeit tun kann. Bei Marx und Külz ist doch schließlich kein Ding unmöglich. Dann wird die preußische Regierung sich sagen lassen müssen, daß sie von sich aus jedenfalls auch einen Schritt dazu getan hat, um die Wiederaufnahme des Deserteurs von 1918 zu erleichtern. Mag Homburg heute — teilweise als Museum, teilweise als Finanzamtsbüro eingerichtet — auch als Wohnsitz für den pompliebenden Hohenzoller gar nicht in Frage kommen und die Bestimmung nur schematisch aus früheren Vertragsentwürfen übernommen sein, — um so unnötiger war dann die provozierende Formulierung des Vertrages.

Im Preußischen Staatsrat haben die Sozialdemokraten — obgleich preußische Regierungspartei — das ganze Vertragswerk, da ihnen zu Verbesserungen keine Gelegenheit gegeben war, glatt abgelehnt. Unsere Landtagsfraktion steht auf dem Standpunkt, daß mit der Ablehnung nichts zu bessern ist, weil keine Lösung dann übrig bleibt, die den Hohenzollern weniger gibt. Da wegen des Vertragscharakters dieses Gesetzes eine Einzelbesserung aber auch im Landtag nicht möglich ist, werden auch unsere Landtagsabgeordneten dem Gesetz nicht zustimmen, was für eine Regierungspartei bereits eine einigermaßen deutliche Demonstration bedeutet. Die Kommunisten finden freilich die Lage nach dem gemeinsam von uns verlorenen Volksentscheid noch nicht ernst genug. Wie alle großen Strategen der Niederlage, Ludendorff ist das Muster — machen sie statt praktischer Vorschläge einer anderen Taktik faule Witze. Wasserspritzen im Parlament und Beschimpfung sozialdemokratischer Minister wie Braun und Grzesinski als Hohenzollernknechte ist das Neueste. So kann die Hoffnung auf eine zukünftige radikalere Lösung durch erfolgreicheren Kampf der Arbeiterschaft als im Volksentscheid wahrhaft auch nicht gefördert werden. —m.

* * *

Der Preußische Landtag trat am Montag in die Beratung des Vergleiches zwischen der Preußischen Staatsregierung und dem Hohenzollernhause ein.

Abg. Pieck (Komm.) beantragt Verschiebung der Beratung um 4 Wochen. — Der Antrag wird abgelehnt.

Als zur Begründung der Vorlage Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff das Wort ergreift, wird er von den Kommunisten durch dauernden Lärm unterbrochen.

Finanzminister **Dr. Höpker-Aschoff**

gibt einen geschichtlichen Rückblick über den Kampf um das Hohenzollernvermögen und erklärt, daß nach dem Scheitern des Volksentscheides und der Bemühungen im Reichstag die preußische Regierung **keinen anderen Weg mehr** gesehen habe, als den neuer Vergleichsverhandlungen. Bezüglich des in der Oeffentlichkeit angefochtenen § 7 — **Wohnrecht des ehemaligen Kaisers und seiner Frau im Schloß Homburg** — gibt er die Erklärung ab, daß es sich hier um eine rein theoretische Bestimmung handle. Schloß Homburg sei **an die Reichsfinanzverwaltung vermietet, und der frühere Kaiser habe auf sein Wohnrecht verzichtet. Die Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland unterstehe der Entscheidung lediglich der Reichsregierung, aber die preußische Regierung halte eine solche Rückkehr weder für erwünscht noch für möglich.** Ein Vorteil des Vergleiches bestehe darin, daß nach seiner Annahme alle offiziellen Beziehungen zwischen dem Staat und dem Hohenzollernhause aufhörten und daß es dem Staate gegenüber künftig keine andere Stellung hätte, wie jede andere Familie. (Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Abg. **Pieck** (Komm.) beantragt ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten.

Abg. **Bartels**-Crefeld (Komm.): Sämtliche preußischen Abgeordneten sind von den Hohenzollern bestochen. (Ordnungsruf.) Nur die Korruption dieser bestochenen Hohenzollernbande erklärt ihre jämmerliche Feigheit. Aber zittert vor den Proletarierfäusten! (Lebh. Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. **Heilmann** (Soz.):

Die Sozialdemokratische Partei hat bei der Propaganda für die Volksbefragung und den Volksentscheid ihre Anschauungen über die Hohenzollernfrage vor allem Volke dargelegt. Wir stehen **nach wie vor auf dem Standpunkt daß dem Gesetz der Revolution und dem neuen politischen Aufbau der deutschen Republik nur die Enteignung des Vermögens der ehemals regierenden Fürsten entsprochen hätte.** Leider hat der Volksentscheid nur zu einem großen moralischen Sieg des Enteignungsgedankens, aber nicht zu der erforderlichen vollen Zahl von 20 Millionen Stimmen geführt.

Nach dem Scheitern des Volksentscheides hat der Reichstag versucht, das von den Mittelparteien, insbesondere von dem Reichskanzler Dr. Marx, während des Abstimmungskampfes gegebene Versprechen einzulösen, die Hohenzollernfrage einer vernünftigen und gerechten reichsgesetzlichen Lösung zuzuführen. Auch diese Bemühungen sind ohne Erfolg geblieben. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung, beruhend auf den sogenannten Kompromißbeschlüssen des Reichstages, war inhaltlich sehr unbefriedigend und ist schließlich, da er keine Aussicht hatte, die nach Ansicht der gegenwärtigen Reichsregierung verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erlangen, von der Regierung selbst zurückgezogen worden.

Aussichten dafür, daß im Winter im Reichstage eine bessere Regelung getroffen wird, sind nicht vorhanden. Mit Ende des Jahres läuft das Sperrgesetz ab, das den ehemaligen Fürsten verwehrt, ihre vermeintlichen Rechtsansprüche auf gerichtlichem Wege zur Geltung zu bringen. Diesem Zeitpunkt müßte die preußische Regierung mit berechtigter Sorge entgegensehen. **Angesichts des Umstandes, daß kein verfassungsmäßiger Weg zu einer gründlichen Lösung der Frage des Fürstenvermögens mehr aussichtsreich erscheint, kann man gerechterweise der preußischen Regierung einen Vorwurf daraus nicht machen, daß sie nochmals den Weg des Vergleiches betreten hat.**

Der **vorliegende Vergleichsentwurf** hält sich in seinen Grundzügen im Rahmen der Reichstagskompromißbeschlüsse und ist ebenso **ungenügend und unbefriedigend** wie diese waren. An Einzelheiten sei nur hervorgehoben das Belassen dreier Palais in Berlin im Privatvermögen der Hohenzollern und **das Wohnrecht des ehemaligen Kaisers und seiner Gemahlin in Schloß Homburg.** Dieses Wohnrecht, das sei übrigens festgestellt, stellt lediglich eine privatrechtliche Verpflichtung des preußischen Staates als Vermieter dar; **die Landesverweisung der ehemaligen Fürsten, soweit sie durch das Gesetz zum Schutz der Republik ausgesprochen ist oder sonst verfügt wird, wird dadurch in keiner Weise berührt. Nicht weil wir mit dem Inhalt des Vergleiches irgendwie einverstanden wären, sondern lediglich, weil die preußische Regierung in dem Vergleich den einzigen Weg sieht, noch größere Schädigungen der Staatskasse abzuwenden,** werden wir seiner Verabschiedung nichts in den Weg legen.

Eine **Zustimmung** zu dem Vergleich vermag indessen die Sozialdemokratische Fraktion **nicht** in Aussicht zu stellen. Wir müssen daran festhalten, daß es für die Republik gefährlich ist, ihren natürlichen Feinden so große Vermögensmassen in die Hand zu geben und daß es sozial nicht tragbar ist, in dieser Zeit allgemeinster Not und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit eine so gewaltige Vermögensmasse, die einstweilen im Besitz des Staates ist, an wenige Familien herauszugeben. Wir vermögen dem umsoweniger zuzustimmen, als **Vorgänge der jüngsten Zeit in der Reichswehr bewiesen haben,** daß die Hohenzollern die notwendige politische Zurückhaltung keineswegs beachten. Wir bedauern, daß die ausschlaggebenden bürgerlichen Mittelparteien dem großen moralischen Gewicht der 14½ Millionen Stimmen, die für die Fürstenenteignung abgegeben worden sind, nicht besser gerecht geworden sind. Wir konstatieren mit Genugtuung, daß durch diesen Abstimmungsfeldzug der gegenwärtig vorliegende Vergleich von 1926 gegenüber den beiden früheren Vergleichsentwürfen bedeutende Verbesserungen aufweist. Aber grundsätzlich ist auch dieser Vergleich für das Interesse der Republik und der Staatskasse unbefriedigend und wir vermögen ihm deshalb unsere Stimme nicht zu geben.

Abg. **Winkler** (Dnatl.): Wir begrüßen das weitgehende Entgegenkommen des Hohenzollernhauses, das diesen Vergleich ermöglicht hat und erhoffen von ihm eine Entgiftung des politischen Kampfes.

Abg. **Eberlein** (Komm.) beantragt ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Grzesinski. Seine ganze Mentalität bürge dafür, daß er ein ebenso widerliches Subjekt der Hohenzollern werden würde wie die anderen Minister. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Leidig** (D. Vpt.), von den Kommunisten mit den Zurufen „neuer Minister“, „Barmat-Hausknecht“ empfangen, begrüßt den Vergleich, da die neuen Verhandlungen auf Anregung der Volkspartei eingeleitet seien.

Abg. **Kasper** (Komm.) gießt über die Stenographen ein Glas Wasser aus und wird von der Sitzung ausgeschlossen.

Abg. **Grube** (Komm.): Die Volksentscheidpropaganda muß neu aufgenommen werden. Die kommunistische Avantgarde wird die Schwarz-Weiß-Roten und die Schwarz-Rot-Goldenen zurückwerfen und die Diktatur des Proletariats aufrichten. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. **Herold** (Ztr.) beantragt Schluß der Generaldebatte. Der Antrag wird unter großem Lärm der Kommunisten angenommen.

Die Vorlage wird an den Hauptausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, zweite Lesung des Hohenzollernvergleiches. Fortsetzung der Debatte über den Magdeburger Justizskandal.

Die Mehrheit im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages befaßte sich am Montag mit dem Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern und behandelte gleichzeitig die Uranträge der Kommunisten auf entschädigungslose Enteignung und Landesverweisung der Mitglieder des Hohenzollernhauses. Der Berichterstatter Dr. Falk (Dem.) richtete an die Regierung folgende Fragen: 1. Wie stellt sich nunmehr nach dem neuen Vergleich das Besitzverhältnis zwischen Staat und Krone? 2. Sind aus der Zwischenzeit seit 1918 Verpflichtungen des Staates vorhanden, die nach Abschluß des Vertrages den Staat belasten? 3. Wie hoch ist die Last des Staates, die sich aus der übernommenen Versorgung der ehemaligen Hofbeamten ergibt? 4. Ist der dem Gesetz beigefügte Vertrag unabänderlich?

Aus der Antwort des Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff ergibt sich zur Frage 1: Der neue Vertrag ist hinsichtlich sowohl der mobilen wie der immobilen Werte für den Staat erheblich günstiger als der Vergleich vom Oktober 1925. Die Frage 2 ist zu verneinen. Zu Frage 3 ist zu sagen, daß der Staat insgesamt 1700 Hofbeamte übernommen hat. Davon ist ein erheblicher Teil in die Staatsverwaltung übernommen, der Rest ist auf Wartegeld gesetzt oder pensioniert. Die Pensionslast beträgt insgesamt 2.3 Millionen, die sich allmählich vermindern. Zu Frage 4: Der Vergleich vom 6. Oktober 1926 ist von den Kontrahenten bereits unterschriftlich vollzogen und bildet die Grundlage des Gesetzentwurfs.

Der Hauptausschuß nahm schließlich das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien an.

Die Volkspartei „droht" — falls wir die Koalition ablehnen.

Köln, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Zeitung" veröffentlichte am Montag an der Spitze des Blattes eine Zuschrift von „besonderer Seite" der Volkspartei, in der es heißt: Für die Volkspartei bleibt keine andere Wahl, als jetzt unter annehmbaren Bedingungen in die Preußenregierung einzutreten oder eine Opposition zu machen, die zur Auflösung des Landtags führt. Im Laufe des Winters wird die Regierung im Landtag eine Reihe von Finanzgesetzen vorlegen müssen, die bei einer starken Opposition der Volkspartei nicht verabschiedet werden können. Mit der Drohung, daß ein Kampf der Volkspartei in Preußen Rückwirkungen auf das Reich haben werde, wird man diesmal nicht wirken. Die Reichspolitik kann auch das Minus, das durch die ungeklärten Verhältnisse in Preußen erwächst, nicht ausgleichen. Wird jetzt das Zentrum seinen offenbaren Willen, die Volkspartei in die Regierung zu bringen, durchsetzen können? Wird einer der beiden demokratischen Minister sich zum Verzicht durchringen? Es liegt soviel an und in dieser Frage. Sehr lange auf Antwort zu warten, hat die Volkspartei keinen Grund."

* * *

Dazu schreibt der „Soz. Pressedienst":

„Eine Opposition, die zur Auflösung des Preußischen Landtags führt, braucht die Sozialdemokratie und ebenso die Preußische Regierung nicht zu fürchten. Wir sind jedenfalls jederzeit zum Kampf bereit. Aber was die Volkspartei androht, hat mit einer sachlichen Opposition nichts mehr zu tun, sondern grenzt an Obstruktion nach kommunistischer Art. Es dürfte in Preußen keine Regierungspartei geben, die auch nur einen Augenblick daran denkt, ihre Haltung durch diese Drohung bestimmen zu lassen."

* * *

Am Montag abend haben zwischen Vertretern des Zentrums und der Volkspartei unverbindliche Besprechungen über die Erweiterung der Preußischen Regierung stattgefunden. Die Verhandlungen erfolgten auf Anregung der Volkspartei. Ihr Ausgang bestätigte ebenfalls den im Preußischen Landtag allgemein vorherrschenden Eindruck, daß in absehbarer Zeit kaum mit einer Umbildung der Preußischen Regierung zu rechnen ist. Die Koalitionsparteien werden sich wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche in einer gemeinsamen Sitzung über die Wünsche der Volkspartei unterhalten.

Aus dem Reiche.

Ministerreden in Rheinland-Westfalen sind gestern und vorgestern vom Reichskanzler in Köln und vom Reichsjustizminister in Essen gehalten worden. Während Dr. Bell sich vorwiegend mit den Fragen des besetzten Gebietes beschäftigte, ging Reichskanzler Dr. Marx auch auf die allgemeine Politik ein, indem er wieder den Wunsch nach Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung zu erkennen gab. Er wiederholte auch die Zusage, den Gemeinden wieder das Recht auf Steuerzuschläge zu geben, allerdings in einem noch unbestimmten Zeitpunkt. Ueber den Arbeitsmarkt sprach er optimistisch (!), über das internationale Stahlkartell mit der Zusage, daß die Regierung eine Schädigung der Verbraucher abwenden werde. Die Opposition gegen die deutsche Außenpolitik sei wesentlich stiller geworden, seit diese dem besetzten Gebiet weitgehend helfen konnte und im Völkerbunde auch die Arbeit für die deutschen Minderheiten im Auslande aufzunehmen vermochte.

Auf dem Preußischen Richtertag wurde in einer Entschließung die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform in der Justiz anerkannt, die wegen der wirtschaftlichen Bedrängnis nötig sei. Höchstleistungen und Ersparungen seien auch in der Justizbeamtenschaft geboten. In einer weiteren Entschließung zum Magdeburger Fall wurde zum Ausdruck gebracht, daß es unbedingt erforderlich erscheine, daß nach gerichtlichem Abschluß der Angelegenheit die Grenzen zwischen den Befugnissen der Behörden, vornehmlich des Gerichtes und der Polizei, bestimmter als bisher festgelegt werden. Hinsichtlich der Schuldfrage sei nicht nur zu untersuchen, ob auf richterlicher Seite, sondern auch ob auf polizeilicher Seite Verfehlungen begangen worden seien. (Also nach der platonischen Liebeserklärung an die Republik wirkt ein versteckter Angriff auf ihre Träger, die dem Recht im Fall Haas Geltung verschafften! Red.)

Völkische und Kommunisten zusammen verhaftet. Die Berliner Polizei hat den aus dem Hitlerputsch bekannten völkischen Führer Hauptmann a. D. Römer verhaftet. Als Römer festgenommen wurde, befand er sich gerade, wie die „Vossische Ztg." zu melden weiß, in einem Café im Gespräch mit dem Leiter der Nachrichtenorganisation der Kommunistischen Partei. Auch dieser und ein weiterer kommunistischer Agent wurden in Haft genommen. Bei dem Kommunistenführer ist interessantes Material beschlagnahmt worden. Die Polizei glaubt, daß das Zusammentreffen der beiden kein ganz zufälliges war.

Die Thüringer Bürgerblock-Justiz vor Gericht. Am Montag begann vor dem Schwurgericht Weimar der Meineidsprozeß gegen den früheren Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, der seinerzeit die Anklage im Prozeß gegen den Staatsbankpräsidenten Genossen Loeb vertreten mußte. Das ganze Verfahren dreht sich darum, ob Frieders einen Antrag auf Einstellung eines Meineidsverfahrens gegen Loeb gekannt hat oder nicht. Zur Erörterung kam zunächst die Frage, warum Frieders damals in der Verhandlung gegen Loeb nicht die seiner Ueberzeugung entsprechende Freisprechung beantragt hat. Frieders gab zu, formal dazu berechtigt gewesen zu sein, materiell aber sei es nicht in seiner Macht gewesen. „Es waren eben damals keine normalen Verhältnisse in Thüringen," erklärte der Angeklagte und wies damit auf die dunklen Machenschaften der reaktionären Regierung gegen Loeb hin, wobei man nicht davor zurückschreckte, den Oberstaatsanwalt zu einer Meineidsanklage wider bessere Ueberzeugung zu zwingen. Der Prozeß geht weiter.

Die Deutschnationalen Ostsachsens nahmen, wie aus Dresden gemeldet wird, nach Referaten der Reichstagsabgeordneten Philipp und Quaatz eine Entschließung an, in der sie Stresemanns Politik als Abweg darstellen, da sie das deutsche Volk über den Versailler Vertrag hinaus von Opfer zu Opfer geführt habe, ohne damit für Deutschland irgend eine Erleichterung gegenüber Versailles zu bringen (!). Die „Kardinalfrage" jeder deutschen Politik, die Kriegsschuldfrage (!), drohe, rettungslos zu versanden.

Ein Hungerstreik politischer Gefangener. Seit Sonnabend befinden sich die politischen Gefangenen im Kottbuser Zentralgefängnis im Hungerstreik. Sie fordern Abänderung einiger Punkte der Verordnung des Justizministeriums über die Behandlung der politischen Gefangenen. Ihre Forderungen sind dem preußischen Justizministerium zugeleitet worden.

Der Femeausschuß vernimmt die Fememordverdächtigen selbst.

München, 11. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Unter anderem wird vom Femeausschuß Schweikardt, des Mordes an der Sandmeier verdächtig, als Zeuge vernommen. Seine Vereidigung wird ausgesetzt und er wird vom Vorsitzenden genau darüber belehrt, daß er nicht als Angeklagter, sondern sozusagen als von dem Gericht Freigesprochener vor dem Ausschuß stehe, daß er aber die Aussage verweigern könne, wenn er sich dadurch selbst belasten könnte. Schweikardt steht heute im 32. Lebensjahr, war am Ende des Krieges Leutnant, dann berufslos und erst nach seiner Enthaftung wegen des Falles Sandmeier (Dezember 1922) Forstpraktikant auf einem Gut der Gräfin Törring. Heute ist er Angestellter in einem Autogeschäft.

Der Vorsitzende erörterte mit dem Zeugen Schweikardt zusammen in der eingehendsten Weise die Hauptverdachtsgründe im Fall Sandmeier und im Fall Gareis. Dabei erklärt Schweikardt, daß er weder in Odelshausen bei den Angehörigen der Sandmeier gewesen sei, noch in der Wohnung der Sandmeier in München. Er bestreitet desgleichen, daß er in der Mordnacht mit der Sandmeier irgendetwas zu tun gehabt habe. Diesen Aussagen, die Schweikardt bereits in den wiederholten Untersuchungsverfahren gemacht hat, stehen bekanntlich die eidlichen Aussagen einer Reihe von Zeugen gegenüber. Schweikardt bleibt aber auf seinen Behauptungen bestehen. Das gleiche ist der Fall hinsichtlich der Verdachtsmomente gegen ihn im Fall Gareis. Er behauptet, während jener Zeit (Januar 1921) in Graz gewesen zu sein. Sein genauer Aufenthalt ist aber noch nicht einwandfrei festgestellt. Ueber seine Flucht kreuz und quer durch Deutschland und Oesterreich im Anschluß an die Ermordung der Sandmeier macht Schweikardt eine Reihe sehr unwahrscheinlicher Angaben, die noch weiterer Aufklärung harren.

Vorsitzender: Waren Sie mit Berchtold gut befreundet? Zeuge: Jawohl. Vorsitzender: Können Sie sich erklären, weshalb Berchtold behauptet, er kenne Sie überhaupt nicht? Er hat krampfhaft versucht, Ihren Namen zu verschweigen, trotzdem Sie auf Ihrer Flucht bei ihm nächtigten. Haben Sie eine Erklärung dafür? Zeuge: Nein. Vorsitzender: Sie wollen also sagen, Ihre Flucht war damit hinreichend geklärt, weil Sie lediglich als Zeuge nicht gefunden werden wollten? Zeuge: Ja. Vorsitzender: Mit Ihrer Flucht hängt wesentlich die Finanzierung Ihres Lebensunterhalts in der Zeit der Flucht zusammen. Woher haben Sie die Mittel bekommen? Zeuge: Ich habe bei Leutnant Heinz in Münster gearbeitet. Heinz war nach Auflösung der Brigade Oberfeld an einem Pferdetransport beteiligt. Dort habe ich als Büroangestellter gearbeitet. Vorsitzender: Haben Sie auch aus München Gelder bekommen? Zeuge: Ich persönlich nicht. Mit diesem Gelde wurde lediglich meine Rückfahrt nach Bayern bestritten. Man sagte mir nämlich, ich sollte nun wieder nach Bayern zurückkehren, um weiter zu arbeiten in Waffenbergungsangelegenheiten. Vorsitzender: Sie sind in der ganzen Zeit, in der Sie in Süddeutschland waren, Gast von guten Freunden gewesen? Zeuge: Jawohl, oder doch wenigstens von Leuten, die in ähnlichen Kreisen verkehrten wie ich. Vorsitzender: Warum sind Sie Ende Dezember, als Sie nach Kufstein fuhren, auf versteckten Wegen über die Grenze gegangen? Zeuge: Ich stieg in Kufstein über die Bretterwand der Zollkontrolle und bestach dreimal dort stehende Zollbeamte mit einigen Litern Wein, wie das üblich ist in Oesterreich. Ich blieb dann bis zu meiner Verhaftung in Oesterreich, um ruhig arbeiten zu können. Vorsitzender: Warum sind Sie unter falschem Namen gegangen? Zeuge: Ich durfte meinen richtigen Namen wegen der Zusammenhänge mit der Waffenbergungsangelegenheit nicht angeben. Vorsitzender: Warum haben Sie denn in Oesterreich mehrere falsche Namen benutzt? Sie wechselten doch dreimal Ihren Namen? Zeuge: Weil ich immer wieder mit anderen Behörden zu tun hatte. Ich habe nie länger als zwei Monate einen gleichen falschen Namen behalten. Der Name Janos Schmidt wurde mir aufoktroyiert. Der Paß wurde mir von Berchtold in Salzburg, wohin ich telegraphisch von ihm bestellt war, in die Hand gedrückt. — Vorsitzender: „Haben Sie den Berchtold nicht gefragt woher der Paß ist? Zeuge: „Nein. Erst später hat mir der Berchtold gesagt, daß der Paß von Stempfle war." — Vorsitzender: „Sie haben dem Kern gegenüber, den Sie in Wien trafen, nach dessen eidlicher Aussage erklärt, Sie seien wegen der Forstenrieder Sache auf der Flucht." — Zeuge: „Das habe ich nie gesagt, Kern gegenüber nie."

Der englische Arbeiterparteitag.

Ueberwältigende Mehrheit gegen Neuanknüpfung mit den Kommunisten.

London, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Anwesenheit von 1100 Delegierten wurde am Montag in Margate die Konferenz der Arbeiterpartei durch eine Rede des Parteivorsitzenden Robert Williams eröffnet. Williams setzte sich mit allen, die englische Arbeiterbewegung in diesem Augenblick beschäftigenden Fragen, auseinander und wandte sein besonderes Augenmerk der Frage der industriellen Kämpfe und insbesondere dem Bergarbeiterkampf zu. Er stellte fest, daß die Arbeiterbewegung das Recht auf Streik behalten müsse. Es gebe Anhänger der Arbeiterbewegung, die schon jetzt für einen neuen Generalstreik eintreten. Darauf könne er nur mit dem Hinweis auf die Bedingungen antworten, die einer Reihe von Gewerkschaften von den Unternehmern am Ende des Generalstreiks diktiert worden seien.

Williams wandte sich hierauf der Frage der Kohlentransportsperre zu, die vom Bergarbeiterverband propagiert würde und verwies auf das Versagen dieser Methode im Jahre 1921. Das müsse im Jahre 1926 als Warnung gelten. Williams wandte sich darauf Rußland zu und stellte fest, die englische Arbeiterbewegung hätte sich stets gegen militärische oder ökonomische Interventionen von England in Rußland gewandt, ebenso müsse er sich aber auch gegen eine Intervention Rußlands in die englische Arbeiterbewegung wenden.

Im Anschluß an die Rede Williams, die wegen ihres konzilianten Charakters und der Feststellung hinsichtlich der Unmöglichkeit einer Transportsperre für Kohle auf Widerspruch gestoßen war, erfolgte der erwartete kommunistische Vorstoß. Trotz der auf dem Kongreß in Liverpool 1925 beschlossenen Ausweisung der Kommunisten aus der Arbeiterpartei war es infolge der eigentümlichen Struktur des englischen Delegiertensystems zum Kongreß einigen Kommunisten gelungen, als Delegierte ihrer lokalen Ortsgruppe oder ihrer Gewerkschaft am Kongreß teilzunehmen. Während dem kommunistischen Vertreter einer lokalen Organisation das Wort entzogen wurde, war dies dem Kommunisten Polli gegenüber, der als Vertreter seiner Gewerkschaft am Kongreß teilnahm, nicht möglich. Pollit forderte eine neue Diskussion über die Stellung zu den Kommunisten innerhalb der Arbeiterpartei. Dieses Verlangen wurde zur Abstimmung gebracht und annähernd mit 3 Millionen Stimmen gegen 300 000 abgelehnt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die belgischen Gemeindewahlen. Bisher steht fest, daß die Sozialisten in Belgien 24 Gemeindeverwaltungen neu eroberten, während sie in 14, wo sie bisher eine Mehrheit hatten, diese einbüßten. Bisher bleiben insgesamt 111 Gemeinden in sozialistischem Besitz. Die Christlich-Demokraten erzielen erhebliche Erfolge auf Kosten der Katholisch-Konservativen. Das kann für die allgemeine Politik von Bedeutung werden. Soweit die bürgerlichen Parteien Erfolge hatten, erklärten diese sich aus einem starken Rückgang oder Verschwinden kleiner Gruppen, wie „Frontkämpfer" und „Flämische Nationalisten".

Wie in Rußland kritische Kommunisten behandelt werden. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß es dem früheren Redakteur der „Iswestija", Steklow, gelungen wäre, über die finnische Grenze ins Ausland zu flüchten. Jetzt wird aus Moskau berichtet, daß der wegen Auflehnung gegen die Sowjetgewalt in Ungnade gefallene Steklow bereits seit 8 Monaten im Gefängnis sitzt. Seine Tochter soll jetzt ebenfalls verhaftet worden sein.

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

70] (Nachdruck verboten.)

Die verdammten Boches stürmten abermals, und die Leute im Granattrichter wußten, dies sei das Ende. In Schwärmen drangen die grauen Gestalten vor, ihre Flintenkugeln fielen wie Hagel nieder. Jimmie beschloß zu warten, bis der Feind nahe genug war, um mit dem Revolver getroffen zu werden. Er kauerte da, betrachtete einen Franzosen, dessen Leben mit dem Blut aus einer Brustwunde ausfloß, dann schoß er seine ganze Ladung ab. Und noch immer stürmten die Deutschen vor.

Jimmie war bereits so erschöpft, daß ihm alles gleichgültig schien. Aufblickend sah er einen gewaltigen Deutschen, der gerade auf ihn zielte. Jimmie schloß die Augen, wartete auf die Kugel, und plötzlich fiel der Deutsche krachend auf ihn nieder.

Jimmie meinte, nun bin ich bestimmt tot; ist dies schon das andere Leben? Doch schien es weder Himmel noch Hölle zu sein, und allmählich merkte er, daß der Deutsche stöhnte und sich hin und her wälzte. Jimmie schaute auf, erblickte einen zweiten Deutschen über den Trichter geneigt; im nächsten Augenblick schwankte die graue Gestalt und fiel auf ihr Gesicht.

Anscheinend gibt es da hinten noch Leute, die es mit den Deutschen aufnehmen, dachte Jimmie und verharrte reglos, während leise Hoffnung in seinem Herzen erwachte. Das Feuern währte noch etwa eine Viertelstunde an, doch war Jimmie viel zu müde, um über den Trichter zu spähen. Nach einer Weile hörte er eilige Schritte und sah zwei Männer in den Trichter springen. Ein Blick genügte ihm — es waren Amerikaner.

Ja, zwei Amerikaner befänden sich im Granattrichter. Jimmie hatte ihrer so viele Tausende gesehen, daß er seiner Sache gewiß war. Im Vergleich zu den kriegszerfetzten Poilus muteten sie wie Soldaten aus einem Modeblatt an; glatt rasiert, mit langem Kinn, schmalen Hüften und anderen Eigenheiten, die einem zum Bewußtsein brachten, daß die eigene Heimat doch die Heimat und der beste Ort auf der Welt sei. Und oh, die herrliche, geschäftliche Gewandtheit dieser Modeblattsoldaten! Sie sprachen kein Wort, sahen sich nicht einmal um, warfen sich nieder und begannen zu schießen. Man brauchte gar nicht hinzusehen, ein Blick auf die Gesichter der beiden genügte, um zu wissen, daß sie auch trafen.

Nach einigen Minuten sprangen zwei weitere Amerikaner in den Trichter, ohne ein Wort oder ein grüßendes Nicken gingen sie an die Arbeit; als die Munition ausgegangen drohte, schrie einer in den Wald hinein, und ein Mann kam mit neuem Vorrat gelaufen.

Später kamen noch drei; es mußte jetzt bereits weniger Deutsche geben, denn die Neuangekommenen fanden Zeit zu sprechen.

„Wir hätten dort hinter einer Linie halten sollen," bemerkte der eine, „aber, zum Teufel..."

„Es sind noch mehr Deutsche vor uns," warf ein anderer ein, „machen wir uns an sie heran."

„Ja, ebensogut jetzt wie später."

„Bleib' du nur da und laß dir den Finger verbinden", riet der erste.

„Kümmer' dich um deine eigenen Finger!" lautete die Antwort.

Und dann entdeckte einer Jimmie. „Das ist ja ein Yankee! Was machen denn Sie hier?"

„Ich bin Motorfahrer", entgegnete Jimmie. „Man hat mich mit Landkarten nach einer Batterie geschickt, doch glaube ich, daß sie längst erobert ist."

„Sie sind verwundet?"

„Ganz leicht", erwiderte Jimmie schier entschuldigend. „Es ist noch schon lange her."

„Gehen Sie nur zurück, jetzt sind wir hier, es wird schon alles gut werden." Dies ward keineswegs prahlerisch gesagt, sondern als etwas ganz Selbstverständliches. Der Sprecher war fast noch ein Knabe, ein rosiggesichtiger Junge, mit häßlicher kleiner Stumpfnase, unzähligen Sommersprossen und einem breiten grinsenden Mund; dennoch war er für Jimmie der schönste Bursche, den er jemals gesehen hatte. „Können Sie gehen?" fragte er.

„Freilich", meinte Jimmie.

„Und die Franzosen? Verstehen Sie diese verdammte Sprache?" Jimmie schüttelte den Kopf. Der amerikanische Soldat wandte sich an die langhaarigen Gesellen. „Geht zurück, wir brauchen euch nicht." Und da sie ihn verständnislos anstarrten: „Polly wi Franzy?"

„Oui, oui!" riefen sie einstimmig.

„Gut, geht zurück, geht nach Haus, schlafen, ratten, wir Feinde schlagen." Als die Poilus dieses „Französisch" nicht begriffen, half ihnen der Amerikaner aufstehen, zeigte nach Westen, klopfte ihnen auf die Schulter und grinste bis zu beiden Ohren: „Gute Jungens! Geht heim! Amerikaner! Amerikaner!" Als wollte er sagen, in diesem Krieg hat Frankreich genug geleistet. Die Poilus spähten über den Trichter hinaus und sahen eine Schar Modeblattsoldaten heranstürmen, sich hinwerfen und feuern. Mit dankbaren Hundeaugen blickten sie auf den rosiggesichtigen Jungen, griffen nach Flinte und Tornister, humpelten von dannen, Jimmie stützend, der sich jählings sehr schwach fühlte und fürchterliche Kopfschmerzen hatte.

Jimmie hatte häufig von amerikanischen Soldaten ein Lied gehört: „Die Yankees kommen!" Jetzt müßte es heißen: „Die Yankees sind da!" Der Wald, in dem Jimmie auf seinem Rad umhergeirrt, war voller frischer, glattrasierter, gut gekleideter Burschen, die auf ihren ersten Zusammenstoß mit dem Hunnen brannten. Seit vier Jahren hatten sie von ihm gehört, ihn hassen gelernt, seit anderthalb Jahren bereiteten sie sich auf den Kampf mit ihm vor. Nun waren sie losgelassen und durften vorgehen. In endlosen Automobilzügen kamen die amerikanischen Soldaten heran, auch Marinesoldaten waren darunter, „Ledernacken" nannte man sie. Sie waren um vier Uhr morgens ausgefahren, zusammengepfercht wie Sardinen, nun endlich hielten die Lastautomobile an, und die Sardinen sprangen heraus.

Erst viel später begriff Jimmie, welchem Weltdrama er beigewohnt hatte. Seit vier Monaten war das Ungeheuer, stetig wie ein Weltbrand, gegen Paris vorgerückt, hatte Verwüstung und Elend im Gefolge gehabt — das Ungeheuer mit dem Ingenieursgehirn. Die Welt hatte beklemmt den Atem angehalten, fiel Paris, so bedeutete dies das Ende des Krieges und aller Dinge, die freie Menschen werten. Hier nun hatten die Deutschen den letzten, entscheidenden Sturm gewagt, die französischen Linien hatten geschwankt, nachgegeben, und im verzweifelten Augenblick waren die Amerikaner eingesprungen.

Der Befehl hatte gelautet: „Unter allen Umständen aufhalten." Doch genügte dies den Amerikanern nicht, sie gingen zum Gegenangriff über, und die Deutschen wichen zurück. Der Stolz der preußischen Armee war gebrochen worden durch diese neuen Truppen von der anderen Seite des Ozeans, die von allen Preußen verhöhnt, deren Existenz von ihnen abgeleugnet worden war.

„Fritz" vermochte sich nicht von diesem Schlag zu erholen, er eroberte keinen Fußbreit Land mehr, wich allmählich zurück bis an den Rhein. Und dies hatten die Yankees vollbracht — die Yankees mit Jimmie Higgins Hilfe. Denn Jimmie Higgins war zuerst dort gewesen, er hatte die Besetzung gehalten, bis die Yankees kamen! Hätte er nicht beim Maschinengewehr ausgehalten, sich nicht im Granattrichter geduckt und von dort aus mit Flinte und Revolver auf die anstürmenden Deutschen geschossen, hätte er sie nicht diese eine Stunde aufgehalten — sie hätten vielleicht die Position überrannt, die Yankees wären zu spät gekommen, der Sieg von Chateau Thierry würde nicht durch Jahrhunderte fortklingen. Der ganze Weltenlauf hätte sich anders gestaltet, wäre nicht ein kleiner sozialistischer Maschinist aus Leesville, U. S. A., durch den Wald geirrt, auf der Suche nach einer märchenhaften, nie gefundenen „Batterie Numéro Cinque".

(Fortsetzung folgt.)

Reichstag und Sozialpolitik.

Von S. Aufhäuser, M. d. R.

Der Reichstag dürfte sich bei seinen Anfang November beginnenden gesetzgeberischen Arbeiten umso nachdrücklicher der Innenpolitik zuwenden, nachdem die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren eine wachsende Stetigkeit gewonnen hat und nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auch die Deutschnationalen ernstlich nicht mehr daran denken, einen Kurswechsel zu verlangen. Dabei wird diesmal die Sozialpolitik eine große Rolle spielen. Einmal zwingt die anhaltende Wirtschaftskrise zur sozialen Stellungnahme und andererseits wächst mit der inneren Festigung des neuen Volksstaates auch das Verlangen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach einer Erfüllung der in der Weimarer Verfassung angekündigten sozialen Grundsätze. Die Republik mit sozialem Inhalt zu erfüllen, ist die Aufgabe des Reichsparlaments.

Der Reichstag wird wahrscheinlich keinen Tag versammelt sein, ohne sofort die brennenden Tagesfragen der Arbeitslosennot nochmals zu behandeln. In den Sommermonaten konnte der Reichsarbeitsminister die Forderung nach einer Verlängerung der Bezugsdauer für die Unterstützungsempfänger mit formellen Einwänden ablehnen. Das Parlament hat die Entscheidungsbefugnis und es wird nicht geneigt sein, die 150 000 Ausgesteuerten, deren Zahl im Winter bald auf 400 000 anwachsen dürfte, etwa auf den Weg der Armenfürsorge zu verweisen. Die Arbeitslosenunterstützung muß ein Rechtsanspruch sein. Die Höhe der Unterstützungssätze ist immer noch nicht befriedigend geregelt. Inzwischen ist durch eine Erhebung das frühere Arbeitseinkommen der Arbeitslosen ermittelt worden und man kann erwarten, daß das Märchen von „Ueberschreiten der Löhne" durch die Unterstützung endgültig zerstreut worden ist, es sei denn, daß man die Schundlöhne einzelner Landarbeiter zur Norm nehmen möchte. Die Bedürftigkeitsprüfung muß endlich fallen. Schließlich hat der Reichstag seine Versprechungen einer verstärkten gesetzlichen Fürsorge für ältere Angestellte und Arbeiter im Juli nur zum Teil eingelöst. Die Einstellungspflicht der sogenannten „Aelteren", der verbesserte Entlassungsschutz und die Einführung von Melde- und Benutzungszwang bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis sind noch zu erledigen. Vielleicht könnte der Gesetzgebung auch manche Doppelarbeit erspart werden, wenn die Reichsboten im Herbst endlich mit Entschlußkraft an die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes herangehen wollten.

All diese Hilfs- und Behelfsmaßnahmen für die Arbeitslosen bedeuten noch keine Lösung der Wirtschaftskrise. Es wird deshalb nachzuprüfen sein, was im Sommer aus dem vor den Reichstagsferien beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramm geworden ist. Sind die 500 000 Notstandsarbeiter inzwischen in Beschäftigung gebracht worden, deren Unterbringung geplant war? Sind die bürokratischen Hemmungen, die der Durchführung entgegenstanden, sind die partikularistischen Einstellungen einzelner Länderregierungen überwunden worden? Das Arbeitslosenproblem ist zu ernst, als daß wir uns mit der Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsprogramms begnügen dürften, es muß und es kann wirklich Arbeit beschafft werden.

Die Zahl von zwei Millionen Arbeitslosen mahnt aber auch dazu, unverzüglich an die Wiedereinführung des Achtstundentages zu gehen. Das Ueberschichtenwesen, wie es im Bergbau und anderen gut beschäftigten Industrien besteht, ist unerträglich und es darf dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Verdienst angerechnet werden, daß er der Regierung durch seinen Bundesausschuß ein Notgesetz unterbreitet hat, das den schlimmsten Auswüchsen einer verlängerten Arbeitszeit zu begegnen geeignet ist. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat bekanntlich durch eine besonders scharfmacherisch gehaltene Denkschrift an das Reichsarbeitsministerium gegen das im Referentenentwurf vorliegende Arbeitsschutzgesetz entschiedenen Einspruch erhoben und vor allem die weitere Verschleppung der Neuregelung der Arbeitszeit gefordert. Das Notgesetz des ADGB. und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sind die gegebene Antwort auf dieses Ansinnen.

Die Novellierung der Sozialversicherung ist gleichfalls wieder spruchreif. In der Invalidenversicherung muß der Reichstag eine Finanzierung suchen; er wird dabei an der Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre nicht vorübergehen dürfen. Die Erweiterung der Unfallversicherung auf die noch nicht erfaßten Berufskreise, wie Bühnenpersonal, Krankenpflegeangestellte, Gastwirtsgehilfen usw., darf nicht weiter verzögert werden.

Das Gesetz über die Arbeitsgerichte soll bereits am 18. Oktober in einer Ferientagung des Sozialen Reichstagsausschusses aufgenommen und so beschleunigt werden, daß die erste Lesung möglichst vor dem Zusammentritt des Plenums abgeschlossen ist. So wird die kommende Tagung des Reichstags ein Prüfstein für das soziale Empfinden dieses Parlaments werden. Die Sozialdemokratische Fraktion wird es an Aktivität nicht fehlen lassen.

Der italienische Historiker und Politiker Prof. Gaetano Salvemini, einer der 15 italienischen Staatsbürger, denen Mussolini unlängst die Staatszugehörigkeit absprechen ließ, ist mit einem Lehrauftrag an der Universität Manchester und der Wirtschaftlichen Hochschule in London über „Die italienischen Gemeinden im 13. Jahrhundert" bedacht worden. Die Universität Oxford hat ihm einen Lehrauftrag über „Italiens Außenpolitik von 1871 bis 1914" übertragen.

Auch Frankreich vor einem schlimmen Winter.

Von Paul Faure, Mitglied der Kammer (Paris).

Man hat jetzt schon eine genaue Uebersicht über den Ernteausfall. Die Ernteergebnisse sind noch schlechter, als es die offiziellen Voraussagungen glauben ließen, die stets zu optimistisch sind. Zur Deckung des Getreidebedarfs, der für Frankreich wichtigsten Nahrungsmittels, werden ungefähr 12 Millionen Zentner fehlen, wie der Ackerbauminister bekannt gibt. Wir glauben, daß es keine Uebertreibung bedeutet, wenn man diese Ziffer auf 18 oder 20 Millionen erhöhte. Man kommt auf diese Weise der Wirklichkeit näher. Hier zeigt sich der Mangel weit vorausschauender Politik und an gutem Willen bei der gegenwärtigen Regierung, die in dieser Hinsicht übrigens allen vorangegangenen Kabinetten gleicht. Das große Getreide-Defizit, das vorhanden ist und das schon ein beunruhigendes Steigen des Brotpreises hervorrief, ist nichts Ueberraschendes oder Unvorhergesehenes. Seit Wochen haben es die gewußt, die damit rechneten.

Die Sozialisten haben zu wiederholten Malen die öffentlichen Gewalten auf diese Tatsachen hingewiesen. Sie hatten vorgeschlagen, Höchstpreise festzusetzen, und nötigenfalls die Beschlagnahme des Getreides anzuordnen.

Darüber hinaus forderten sie für den Fall eines Defizits, da sie über den bestehenden Bedarf unterrichtet waren, daß die Regierung allein berechtigt sein sollte, im Ausland die notwendigen Mengen Getreide zu kaufen. Auf diese Weise hätte man dem Konsum ausreichende Getreidemengen zu günstigen Bedingungen sichern und die Spekulation verhindern können; das wäre vorausschauende und soziale Politik gewesen. Aber es ist nichts Ernsthaftes unternommen worden. Das Brot wird teurer und immer teurer werden. Das ist eine schwere Unterlassungssünde der Regierung.

Der regnerische und kalte Frühling ist aber nicht nur für die Getreideernte ungünstig gewesen. Die Blütezeit der Weinstöcke war klimatisch ungünstig, so daß sich ungeheure Abfallmengen ergaben. Die einlaufenden Nachrichten über die Ergebnisse der Weinernte bestätigen eine beträchtliche Verringerung der Erzeugung, die in den Gegenden von Bordelais und der Bourgogne bis zu 50 Prozent erreicht.

Das Faß gewöhnlichen Weins von 225 Litern, das allgemein im vergangenen Jahre für 200 bis 250 Franken vom Weingarten weg verkauft wurde, wird jetzt mit 400 bis 500 Franken bewertet. Eine starke Steigerung der Weinpreise kommt zu der Brotteuerung hinzu.

Nachdem die Heu- und Haferernte eingebracht sind, das ist von Ende Juni bis gegen Dezember, wird der größte Teil der Viehherden auf die Weide getrieben. Um dem Gras die notwendige Frische zu bewahren, wäre ein ausgiebiger Sommerregen notwendig gewesen. In den meisten Gebieten Frankreichs ist seit zwei bis drei Monaten kein Wassertropfen gefallen. Die grünen Wiesen der Züchtungsgebiete sind dürr und verbrannt wie staubige Straßen. Natürlich ist unter diesen Einflüssen die Produktion von Milch, Butter und Käse stark zurückgegangen, was sich auf dem Pariser Markt schon in Preissteigerungen verspüren läßt.

Die Regierung unternahm gegen die Gefahr ungenügender Milchzufuhr einige Abwehrmaßnahmen. So wird den Bars, Cafés, Restaurants, Zuckerbäckereien, Konditoreien verboten werden, frische Milch zu verwenden. Sie werden sich auf Milchextrakt oder Kondensmilch beschränken müssen. Jedenfalls wird die vorhandene Milch sehr teuer sein.

Selbst für Gemüse, Kartoffeln und Bohnen zeigt die Preiskurve ein Emporschnellen, da die Erträgnisse sich aus den oben angeführten Gründen verringert haben.

Es sind dies einige der Gründe, die uns einen schlimmen Winter befürchten lassen. Die offiziellen Kreise zeigen sich bereits stark beunruhigt, was auch vollauf gerechtfertigt ist.

Die Lage verschlimmert sich noch durch die kürzlich durch die neue Mehrheit angenommenen neuen indirekten Steuern und droht noch vor der Ernte von 1927 sehr unangenehm zu werden.

Deshalb wird die Volkstümlichkeit Poincarés und seiner Mehrheit — die alle bürgerlichen Parteien von den Radikalen bis zu den Reaktionären umfaßt — wohl mit der Temperaturen sinken und der Not der kommenden kalten Jahreszeit nicht standhalten können.

Anschluß Englands an das europäische Stahlkartell?

Paris, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen der englischen und deutschen Industrie werden in den hiesigen demokratischen Kreisen nicht ohne Besorgnis verfolgt. Man vermutet, daß es sich in erster Linie darum handelt, die englische Industrie zum Eintritt in das kontinental-europäische Stahlkartell zu bestimmen. Es wird befürchtet, daß dieses sich über kurz oder lang durch Verständigung mit Amerika zu einem Welttrust entwickeln wird, dem dann die Interessen der weiterverarbeitenden Industrie und damit der Verbraucher schutzlos preisgegeben sein würden.

Aus aller Welt.

Sturmnot und Sturmflut.

Die orkanartigen Stürme, die seit Sonnabend abend über Europa dahinfegen, haben besonders an der Küste und an den Flußmündungen ungeheuren Schaden angerichtet. In Hamburg lag auch am Montag der Dampferverkehr nach der Unterelbe nahezu völlig still, da das Landen bei der Sturmflut unmöglich war. Zahlreiche, bereits in See gegangene Dampfer, sind wieder zurückgekehrt, andere haben die Ausfahrt in See verschoben. Im Hafen riß sich ein englischer Dampfer unter der Gewalt des Sturmes los und wurde gegen den Utrechter Dampfer „Simon" geschleudert. Beide Schiffe wurden stark beschädigt. Dem treibenden „Simon" eilten die Bergungsdampfer „Seehund" und „Seefalke" zu Hilfe. Auf der Rückfahrt wurden fünf Mann des „Seehund" durch eine Welle über Bord geschleudert. Vier Mann konnten sich an der Leine festklammern, der fünfte ertrank. Große Zerstörungen richtete der Sturm auf Helgoland an. Besonders heimgesucht wurde das Bollwerk auf dem Nordstrand. Die Badekabinen auf dem Hafengelände wurden weggespült, die Landungsbrücken stark beschädigt. Schwer gelitten hat die Düne; die auf ihr wohnenden Arbeiter des Uferschutzes mußten ihre Wohnungen verlassen. In Schleswig ist der Eider-Deich auf zwanzig Meter durchbrochen worden. Große Wassermengen strömen in den Osterkoog, wodurch die Bahnstrecke Rendsburg—Husum gefährdet wird. An dem Tielener Deich bei Bargen wurden mehrere Kinder von den Fluten überrascht und ertranken. Bei Büsum wurden zahlreiche Strandgüter angespült, woraus man auf Schiffsunfälle schließt. Zahlreiche Schiffsunfälle ereigneten sich infolge des Sturmes an der holländischen Küste. Zwischen Ymuden und Wyk ist ein Fischkutter mit 13 Mann Besatzung untergegangen. Der Fährverkehr zwischen Deutschland und Dänemark ist unterbunden.

Die Verschütteten tot aufgefunden.

Im Laufe der vorigen Nacht gelang es, die Leichen der beiden letzten Opfer des Zechenunglücks auf „Prosper III" der Rheinischen Stahlwerke zu bergen. Die Gesamtzahl der Toten beträgt vier.

Mit der Theaterkasse durchgebrannt.

In dem Neuen Theater am Zoo in Berlin veranstaltete am Sonntag eine „Gemeinschaft für neue Theaterkultur" eine Vormittags-Vorstellung. Als nach Schluß der Vorstellung der Leiter der Gemeinschaft, ein Herr Bardach, die Löhne an das technische Personal, die Beiträge für die Beleuchtung und die Pacht für die Garderobe bezahlen sollte, wurde er vergebens gesucht. An der Theaterkasse mußte festgestellt werden, daß Herr Bardach mit allen Einnahmen das Theater verlassen hatte. Auch ein Besuch in der Wohnung blieb ohne Erfolg. Bei neuen Versuchen am Montag, das Geld zu bekommen, wurde den Gläubigern erklärt, Herr Bardach sei bereits am Sonntag aus Berlin abgereist.

Panik in einem Kinotheater.

In Eilenburg brach am Sonntag in einem Lagerraum neben einem Lichtspieltheater Feuer aus, das auf Benzin- und Oelvorräte übergriff, sodaß sich ein mächtiger Qualm entwickelte. Der Rauch drang in das Kinotheater, wo mehr als 200 Knaben und Mädchen einer Kindervorstellung beiwohnten. Unter den Kindern entstand eine furchtbare Panik. Alle drängten zur Türe, wobei viele Kinder zu Boden stürzten und die Treppe hinunterfielen. Mehr als 30 Kinder wurden schwer verletzt von der Feuerwehr ins Krankenhaus oder in die elterlichen Wohnungen überführt.

Der Gattenmordprozeß des Sanitätsrats Dr. Böhme

in Dresden nahm am Montag zunächst einen ungewöhnlichen Fortgang. Zu Beginn der Sitzung ergriff — ein ganz außergewöhnlicher Fall — der Obmann der Geschworenen das Wort zu einer Ansprache an die Oeffentlichkeit. Die Geschworenen erhielten täglich außer Drohbriefen auch zahlreiche Schreiben, in denen den Laienrichtern Ratschläge gegeben und Vorwürfe wegen ihrer Haltung gemacht werden. Die Geschworenen ersuchten, man möge sie mit derartigen Zuschriften verschonen und jede Beeinflussung des Gerichtes unterlassen. Auch der Staatsanwalt und der Vorsitzende des Prozesses erhalten zahlreiche Drohbriefe und anonyme Schreiben. — Bei der Vernehmung des ersten Zeugen, eines Verwaltungsinspektors Hülse aus Schweidnitz, kam es gleich zu einem erregten Auftritt. Hülse hatte seinerzeit der Frau Böhme, mit der er seit langem befreundet war, einen Brief geschrieben, der als unbestellbar zurückkam. Als er sich darauf an die Polizei wandte, erhielt er den Bescheid, Frau Böhme sei gestorben. Um sich näher zu erkundigen, schrieb Hülse an Dr. Böhme einen Brief ins Feld und bekam daraufhin von ihm eine Postkarte folgenden Inhalts: „Frau Anna Böhme ist an Herzschlag gestorben". Vorsitzender: „Herr Böhme, haben Sie dem Zeugen das wörtlich geschrieben?" Angeklagter: „Das weiß ich nicht mehr, wenn er es sagt, wird es wohl stimmen". In der großen Bewegung, die diese Antwort im Saale auslöste, sprang der Verteidiger auf und erklärte erregt: „Das ist doch unmöglich, daß Sie so etwas geschrieben haben, Sie hätten doch nur mitteilen können, daß Ihre Gattin das Opfer eines Jagdunfalls geworden ist!" Von den übrigen Zeugen bekundete eine Hausangestellte Dr. Böhmes, Frau Böhme habe vor ihrem Manne Angst gehabt, weil er in seinem Nachttisch stets einen Revolver aufbewahrte. Die Angst der Frau vor ihrem Manne sei so groß gewesen, daß sie ihm ihr Grundstück und noch Geld schenken wollte, wenn er sie wieder frei ließe. Einmal habe sie den Mann sogar in der Küche eingeschlossen, damit er in dieses Angebot einwillige. Die Zeugin bekundete weiter, Frau Böhme habe ihr erzählt, sie sei von dem Rabensteinfelsen fast in die Tiefe gestürzt, da ihr Mann sie gestoßen habe. Als Dr. Böhme davon hörte, habe er allerdings seiner Frau gesagt, sie solle sich schämen, solche Märchen zu erzählen. Nachmittags fuhr der Gerichtshof nach der Unfallstelle in Groß-Röhrsdorf. Hier schilderten sowohl Dr. Böhme wie Förster Winter den Hergang des Todes von Frau Böhme.

Staatslotterie Loeser

beginnt neu! 13898

Ohlauer Straße 65
(am Christophoriplatz).

Familien-Anzeigen

Nachruf.

Durch den am 10. Oktober 1926 erfolgten Tod des

Viehhändlers

Herrn Otto Geßner

hat die unterzeichnete Deputation einen schmerzlichen Verlust erlitten. Seit dem Jahre 1924 hat der Verstorbene der Deputation angehört und mit stets gleichem Eifer und großer Sachkenntnis an ihren Arbeiten teilgenommen. Wir werden seiner stets als eines bewährten Mitarbeiters in Ehren gedenken.

Breslau, den 11. Oktober 1926

13894

Die städtische Schlacht- u. Viehhofdeputation.

Am Sonntag, den 10 Oktober, verschied plötzlich und unerwartet die Frau unseres Kollegen Nowak 723

Frau Elfriede Nowak

Ehre ihrem Andenken!

Die Kollegen der Firma Otto Grosser.

Beerdigung: Mittwoch, 13. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Pohlanowitzer Friedhofes.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 10 Oktober verstarb die Frau unseres Verbandskollegen, des Tischlers **Anton Nowak**

Frau Elfriede Nowak.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 13. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Pohlanowitzer Friedhofes. 2952

Am 10. Oktober verstarb unser werter Kollege, der **pensionierte Straßenbahnführer**

Josef Schwedeck

im Alter von 70 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Beteiligten der freiwilligen Beerdigungsbeihilfe des Fahr- und technischen Personals der städtischen Straßenbahn.

Beerdigung: Mittwoch, den 13. Oktober, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Adalbertstraße 65, nach Oswitz, Tor 4. 13895

Habt innigen Dank!

Für all die Beweise gütiger Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Gatten sprechen wir allen Beteiligten, den Kollegen und Mitarbeitern der Firma Schneider & Fedor, Herrn Fedor, sowie den Gewerkschaftlern und Parteigenossen, den Mitbewohnern der Häuser Steinauer Str. 34 und Queisstraße 13, allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Sportgenossen und dem 1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau E. V., dem Metallarbeiter-Verbande, der Begräbniskasse „Archimedes", den Genossen vom Distrikt 13 und dem Redner unseren tiefgefühlten Dank aus. 723

Breslau, den 12. Oktober 1926.

Frau Martha Hirsch nebst Angehörigen.

Vielfachem Wunsche entsprechend gebe ich bekannt, daß ich ab 4. Oktober **zurückgekehrt** bin und meine Praxis wieder übernommen habe. 13895

Dr. med. Willy Wolf

Vorwerkstraße 62.

Wollsorge

Meter 1.00 bis 3.00 Mark.
Zwischenfutter
Meter 30 Pf.
Nähe-Schnürriemen
100 Paar, 100 cm, 2.30, 3.30, 3.50, 4.00, 5.00 u. 8.00 Mk.
Wäschekörbe, Dtzd. 3—12 Mk.
Detail und Engros
Lippert, Gelenkstr. 18.

Leihweise:
Frack- Smoking- u. Rock-Anzüge
E. D. Dähold,
Königlich Zeg. 1. Ritterg. Breslau

Leihweise elegante 13890
Frack- u. Rock-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1501
früher Albrechtstraße.

Reiniget das Blut!
Sorgt für Verdauung
durch Hennigson's mit Kräutern verstärkten
Birkenrinden-Tee.
Fördert am besten den Stoffwechsel.
Zu haben in allen Apotheken.
Stets erhältlich in der
Apotheke zur Hygiea
Tauentzien-, Ecke Grüneiche
Neptun-Apotheke
Matthiasstr. 126
Humboldt-Apotheke
Höfchenstr. 75
Löwen-Apotheke
am Sonnenplatz
Mohren-Apotheke
am Blücherplatz
Rauchmarkt-Apotheke
am Ring 44

Stadttheater

Dienstag 8 Uhr
Zweites Gastspiel
Kammersänger
Richard Tauber
Die Fledermaus.

Mittwoch 8 Uhr
Abonnements-Vorstell.
Serie B 4
„Les petits riens"
„Die Magd als Herrin"
„Der 13879
getreue Musikmeister"

Donnerstag, 8 Uhr
Ballett-Abend:
„Pulcinella"
„Petruschka"
„Scheherazade"

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 13877
Tel. Stephan 37 460.

Täglich 8 Uhr:
Der ungewöhnlich große Operettenerfolg!
„Lady Hamilton"

Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Die leichte Isabell"

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Dienstag, abds. 8 Uhr
Kleine Preise!
„Mensch und Uebermensch"
Mittwoch, abends 8 Uhr
Kleine Preise!
„Maß für Maß"

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Dienstag, Mittwoch, abends 8 Uhr
„Schneider Wibbel"

Circus Busch- 4789
Gebäude
Vom 16.—31. Okt.:
Sensations-Gastspiel
Sylvester Schaeffer
und ein fabelhaftes
Varieté-Programm

Liebich-Theater
Telefon: Stephan 34646.
Täglich 8 Uhr:
Kapitän Winston's Symph. u. Seelöwen
und das 13861
sensationelle Oktober-Programm
Billige Eintrittspreise von 0.50 RM. an
Jeden Sonntag nachm. 3½ Uhr Familien- u. Kinder-Vorstellung
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen.

Pfänder-Auktion!
18. Oktober. 7:6
Schneider,
Bäckerstraße Nr. 12.

Mäntel

in großer Auswahl sehr preiswert
Eigene Anfertigung
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Arbeitsmarkt

Tüchtiges
Laufmädchen
zum Liefern und Aufräumen gesucht. 1546 b
Stephan, Sonnenstraße 34, 3 Tr.

Messow Waldschmidt
G. m. b. H.
Schmiedebrücke

Unsere billige
Werbe-Woche
dauert fort.

Tägliche Bedarfsartikel
gut und billig!

13892

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Vollständiger Räumungs-Ausverkauf

folgender aus dem Konkurs **Amand Jocksch** übernommener Artikel:
Samt- u. Seidenwaren, Seidenband, Textilien
Spitzen-Stickereien, Putz- u. Garnierwaren
zu enorm billigen Preisen
Amand Jocksch Nachflg.
130 Antonienstraße 15, Portal 7, II.

Die berühmten
Wismar'schen Spickaale
von der **Räucherei** an **Private.**
3 Pfund 10.— RM., 8 Pfund 24.— RM. franko inklusive Verpackung, per Nachnahme, täglich frische, fette, ½ bis ½-pfdg. Ware.
Wilh. Trendelburg, 4760
Wismar, Mecklb., Aalräucherei. Gegründet 1880.

PFAFF

Die Zuverlässige
für Haushalt Gewerbe Industrie
4798
Kostenloser Unterricht im Nähen, Sticken, Stopfen, Gabelarbeit etc.
Pfaff-Nähmaschinen-Haus
BRESLAU 1, Reuschestr. 37-38
Tel. Ohle 3221 am Königsplatz

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des Sprachschrankens! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

---

Preisw. Berufsbekleidung

Monteur-Jacken blau, echtfarbig, prima Haustuch	3.50
Ia Köper	3.90
Monteur-Beinkleider dazu passend, prima Haustuch	3.50
Ia Köper	3.90
Blaue Monteur-Jacken für Burschen, prima Haustuch	3.00
Blaue Kessel-Anzüge mit Kapuze, prima Drell	10.00
Arbeiter-Blusen blau-weiß gestreift	2.40
Bildhauer-Kittel Rohnessel, mit Umlegekragen	4.40
Schriftsetzer-Mäntel mit Satiel, braun-weiß gestreift	5.30
Eisenbahner-Joppen schwarz Köper	5.50
Konditor-Joppen weiß Köper	4.80
Koch-Mützen	80 Pf.
Koch-Jacken prima weiß Köper	5.40
Arbeits-Schürzen für Tischler, blau Haustuch	1.10
Aerzte-Mäntel weiß Köper tadelloser Sitz	7.50
Apotheker-Mäntel weiß Köper	7.60
Friseur-Jacken prima weiß Köper	4.90
Friseur-Mäntel prima Köper, tadellose Verarbeitung	7.20
Friseur-Mäntel weiß oder crème Köper mit blauem Aufsatz	7.50
Diener-Jacken prima Satin, Drell, blau-weiß gestreift	5.80
Fleischer-Jacken blau-weiß gestreift, prima Satin	6.40
für Burschen	5.60
Arbeits-Mäntel für verschiedene Berufe, oliv Köper	7.40
Motorradfahrer-Schutzhosen oliv Segeltuch imprägniert	6.60
Motorradfahrer-Schutzanzüge oliv Segeltuch imprägniert	14.00
Monteur-Anzüge blau, extra dauerhafte Qualität, Einreißen der Taschen durch Kupfernieten verhindert	12.50
Arbeits-Schürzen für Tischler, grün	1.25

Großes Lager in:
Windjacken wetterfest u. imprägniert von **8.50** an

Deutsches Kaufhaus
G. m. b. H.
Ohlauer Straße 75.

13891

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Oktober.

Max Adlers Vortrag im Arbeiterbildungsausschuß,

der am gestrigen Abend stattfand, bedeutete einen vielversprechenden Auftakt für die Bildungsarbeit dieses Winters. Der Besuch war so stark, daß die Galerien des Saales sogar geöffnet werden mußten. Der Vortragende behandelte sein Thema „Die Geschichtsauffassung des Sozialismus", das er mit guten Gründen zu einer Darstellung der ganzen marxistischen Gesellschaftslehre ausdehnte, nicht nur mit wissenschaftlicher Klarheit, sondern auch mit einer vorbildlichen Volkstümlichkeit der Darstellung, die ihm mit stürmischem Beifall von der Versammlung gedankt wurde, den Genosse Kunike als Vorsitzender des Bildungsausschusses wiederholte. Unsere Leser finden eine Wiedergabe der Grundzüge des Vortrages in unserer nächsten Bildungsbeilage.

Außer der Versammlung am Sonnabend — über die wir gestern berichtet haben — und am Montag hielt Genosse Adler noch einen Kursus, der gleichfalls gut besucht war, sowie einen Vortrag über „Internationale und Völkerbund" in der marxistischen Arbeitsgemeinschaft, in der es auch zu einer Diskussion mit den Kommunisten kam. Adler vertrat dort theoretisch den kritischen Standpunkt der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber dem Völkerbund, wie er praktisch jetzt auch in den vom Führer der österreichischen Partei, Otto Bauer, maßgebend beeinflußten Richtlinien der Internationale für die Politik der Sozialisten innerhalb des Völkerbundes zum Ausdruck kommt. Unsere Leser kennen den Text dieser Richtlinien wie die vorherige Auseinandersetzung der Oesterreicher mit den für den Völkerbund optimistischeren Sozialisten (Brouckère-Belgien usw.) aus dem politischen Teil unseres Blattes.

Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt

hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause eine Bezirkskonferenz ab, an der zahlreiche, in der Wohlfahrtspflege tätige und dafür interessierte Genossen und Genossinnen teilnahmen. Den Vorsitz führten die Genossinnen Ansorge-Waldenburg und Zils-Eckstein-Breslau.

Auf der Tagesordnung stand: 1. ein Referat des Genossen Schubert, Landrat des Kreises Neurode, über „Aufgaben und Finanzierung der Wohlfahrtspflege", 2. „Fragen der Erwerbslosenfürsorge". Referentin: Genossin Marta-Eva Prochownik-Breslau; 3. Jahresbericht. Bericht.

Genosse Schubert führte im wesentlichen aus: In Rechtskreisen vertritt man seit jeher die Theorie: Wohlfahrtspflege sei eine Belastung der Wirtschaft, auf allen Kongressen der Rechten zieht sich dieser Gedanke wie ein roter Faden hindurch. Die Herrschaften haben ganz vergessen, daß die Wohlfahrtspflege doch nur eine notwendige Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Die private Wohlfahrtspflege wird nicht als Selbstzweck, sondern häufig als Mittel zum Zweck betrieben. Besonders vor Wahlen zeigen sich die bürgerlichen Fürsorgedamen erfahrungsgemäß sehr tätig, um die Massen zugunsten der herrschenden Klasse zu beeinflussen. Die riesigen Mittel, die der privaten Fürsorge zufließen, sind überwiegend Steuergroschen aus den Taschen der Allgemeinheit. Am anschaulichsten wird das, wenn man sich den letzten Reichsetat daraufhin einmal ansieht: von 12 Millionen Mark floß der Arbeiterwohlfahrt nur ein geringer Bruchteil zu, die bürgerliche Fürsorge dagegen bekam fast alles!

Demgegenüber erheben wir als Sozialdemokraten laut und eindringlich die Forderung: Keine öffentlichen Mittel für die private Fürsorge und Ausführung durch amtliche Organe! Alle Gelder müssen an die amtlichen Stellen gehen und diese haben alle Kreise der Bevölkerung zur Mitarbeit heranzuziehen. Es bestehen freilich Schwierigkeiten für die Arbeiter, sich einige Stunden am Tage der Wohlfahrtspflege zu widmen. Genosse Schubert befürwortete die Bildung von Wohlfahrtsausschüssen bei den zuständigen Aemtern, in denen alle Schichten vertreten sind, in denen wir uns aber starken Einfluß zu sichern versuchen müssen. Unter allen Umständen müssen wir verhindern, daß die privaten Organisationen die Wohlfahrtsämter in ihre Hände bekommen. Genosse Schubert führte aus seinem Landratsbezirk eine Menge praktische Beispiele an, wie energisch und zielbewußt Wohlfahrtspflege betrieben werden kann.

Die Wohlfahrtspflege „rationalisieren" dadurch, daß man ihr die nötigen Mittel entzieht, ist Verbrechen. Jede Einschränkung bedeutet hier Steigerung des Elends! Geheimrat Kastl leistete sich auf dem Landkreistag die ungeheuerliche Behauptung: Es gibt gar keine Wohnungsnot, die Fürsorge ist unnötig (!). Wir müssen versuchen, alles auf die amtliche Fürsorge zu übertragen, mit amtlichem, geschultem Personal. Genosse Schubert gibt zu, daß sich das nicht von heut auf morgen erreichen läßt. Soll es aber allmählich geschehen, dann müssen wir geschulte Kräfte für die soziale Arbeit heranbilden. Leider fehlen hierfür vielfach die Mittel. Eingehend beschäftigte sich Genosse Schubert mit der Frage der Schwangeren und der Verschickung der Kinder in Heime. Wir fordern statt konfessioneller Heime kommunale Einrichtungen. Große Mängel bestehen ebenso noch auf dem Gebiete des Pflegekinderwesens und der Fürsorgeerziehung. Solange ausgezeichnete Anstalten noch nicht zur Verfügung stehen, sind Familienpflegestellen, mögen sie auch mangelhaft sein, das kleinere Uebel. Gelingt es uns, die gesamte Wohlfahrtsfürsorge durch die Gesetzgebung auf die amtlichen Stellen zu konzentrieren, so werden wir auch auf diesem Gebiet allmählich den Boden gewinnen, der der Stärke unserer Organisation entspricht.

An diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache. Genosse Köber-Kalau wünscht Erweckung eines größeren Interesses für all diese Fragen bei unseren beamteten Genossen und vor allen Dingen Schulung.

Genosse Bernhard Müller-Glatz weist unter anderem darauf hin, daß für die Kinder der ärmsten Bevölkerung kein Geld da ist, sie zweckentsprechend unterzubringen, während die wohlhabenden Bürgerlichen von fern und nah die schöne Grafschaft zu ihrer Erholung aufsuchen.

Genosse Dr. Marcus macht sehr interessante Ausführungen zur Frage der Fürsorgeerziehung und Mittelaufbringung.

Genossin Ansorge-Waldenburg wendet sich gegen das Vorurteil, daß die Wohlfahrtspflege nur eine Angelegenheit der Frauen sei.

Die Genossin Prochownik lehnte Kollekten, Blumentage, Straßensammlungen und dergleichen als öffentlichen Bettel ab. Unser mangelnder Einfluß in der öffentlichen und auch in unserer eigenen Wohlfahrtspflege beruhe hauptsächlich auf dem Mangel an gelernten Kräften.

Genossin Völker-Reichenbach schildert einige krasse Fälle konfessioneller Beeinflussung seitens des Caritasverbandes. Genossin Schärtl-Breslau, die früher in Stuttgart gewirkt hat, machte sehr interessante Mitteilungen aus der Arbeit der Stuttgarter Ferienkolonien. Insbesondere behandelte sie die Frage der Mittelbeschaffung.

Sodann hielt die Genossin Prochownik ein sehr instruktives Referat über: „Fragen der Erwerbslosenversicherung", das wegen seiner Wichtigkeit hier noch besonders veröffentlicht werden wird. — Nach einem vorläufigen Geschäftsbericht der Genossin Zils-Eckstein, der endgültige erfolgt am Jahresschluß, wurde die Konferenz gegen 5 Uhr geschlossen.

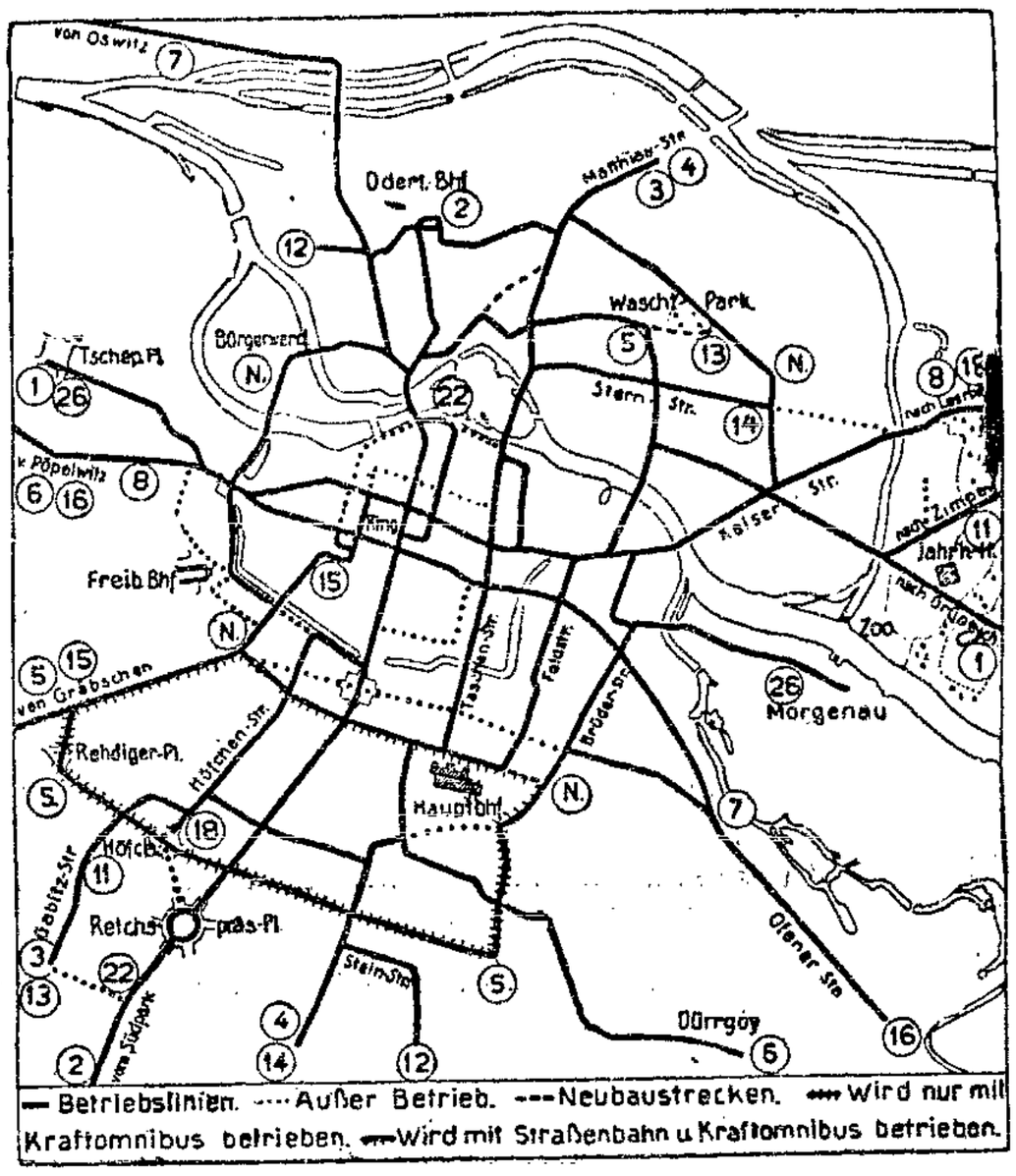
Die Neuorganisation des Breslauer Straßenbahnliniennetzes.

Die Entwicklung des Straßenbahnliniennetzes der Stadt Breslau war wesentlich dadurch beeinflußt, daß die Konzession für den Ausbau an drei verschiedene Gesellschaften erteilt war. Die naturgemäße Folge war, daß bei dem Ausbau des Netzes nicht immer gebührende Rücksicht auf den wirtschaftlichen Zusammenhang der einzelnen Linien genommen wurde, da jede der Gesellschaften das Bestreben hatte, einen möglichst großen Teil des Gesamtverkehrs an sich zu bringen, wenn dadurch auch einer schon vorhandenen Linie der anderen Gesellschaft ein unwirtschaftlicher Wettbewerb bereitet wurde. Durch diese gegenseitige Konkurrenzierung entstandenen Linienführungen, die mehr auf dem Standpunkt des Wettbewerbes, als auf dem Grundsatz reiner Wirtschaftlichkeit aufgebaut waren.

Nachdem es nun in jahrelanger Arbeit gelungen war, diese drei Gesellschaften unter Führung der Stadt zu vereinheitlichen, war es an der Zeit, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob das Netz zweckmäßig ausgebaut ist und zweckmäßig betrieben wird und wie weit sich eventuelle Abweichungen von diesem Standpunkt richtigstellen lassen.

Die Lösung dieser Frage wurde in der Form gesucht, daß man sich die Aufgabe stellte, möglichst ohne Rücksicht auf die vorhandenen Linien ein ideales Liniennetz zu entwerfen, wie es zu entwerfen wäre, wenn Breslau überhaupt noch keine Straßenbahn besitzen würde.

Der zweite Teil der Untersuchung mußte darin gipfeln, das bestehende Netz ohne allzu große Kosten dem Idealzustande näher zu bringen, wenn auch zunächst vielleicht nur teilweise. Es ist von vornherein klar, daß ein solches Vorhaben nicht widerspruchslos gelöst werden kann. Die Straßenbahnverwaltung unterbreitet deshalb ihren Plan im voraus der Oeffentlichkeit, um kritische Wünsche entgegenzunehmen. Die grundlegenden Gedanken für die Entwicklung eines solchen Idealnetzes mußten sein: Kürzeste Verbindung der wichtigsten Verkehrspunkte untereinander unter Vermeidung unwirtschaftlicher Umwege. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung machte es außerdem erforderlich, die Zahl der betriebenen Kilometer Gleis so weit einzuschränken, als dies mit den Verkehrsbelangen in Einklang zu bringen war.



Die Gegenüberstellung des idealen Liniennetzes und des heutigen Betriebsnetzes ergab nun zunächst zwei Hauptgesichtspunkte. Einerseits konnte festgestellt werden, daß zur Befriedigung des bestehenden Verkehrsbedürfnisses mit weniger Gleisstrecken ausgekommen werden kann, wie sie heute tatsächlich bestehen, andererseits ergab sich aber auch, daß einzelne wichtige Verbindungsstrecken fehlen, die im Interesse eines sparsamen und schnellen Betriebes unerläßlich erscheinen. Die Straßenbahnverwaltung will deshalb folgende Teilstrecken stillegen:

Tauentzienstraße von der Brüderstraße bis zum Sonnenplatz;

die Verbindung in der Kürassierstraße zwischen Gabitzstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße;

die Verbindung vom Reichspräsidentenplatz durch die Hohenzollernstraße nach dem Höfchenplatz;

die Linienführung durch die Freiburger Straße über den Berliner Platz nach der Schwertstraße;

die Linienführungen durch die Herrenstraße zwischen Blücherplatz und Burgstraße und in der Kupferschmiedestraße zwischen Oder- und Katharinenstraße;

die Ecke Zwingerplatz—Christophoriplatz;

das Stück in der Gustav-Freytag-Straße zwischen Bohrauer und Herdainstraße.

das Linienstück in der Sternstraße zwischen Piastenstraße und Fürstenbrücke.

Wichtige fehlende Verbindungsstücke sind die Flurstraße von der Grünstraße zur Brüderstraße, als eine wichtige Verbindung vom Hauptbahnhof zum Südosten, Osten und Nordosten der Stadt, und das Stück in der Matthiasstraße zwischen Waterlooplatz und Herzogstraße zum Zwecke der Schaffung einer gradlinien und kurzen Verbindung der nördlichen Stadtteile mit dem Ring. In der südlichen Vorstadt erscheint später der Ausbau der Bohrauer Straße zwischen Stein- und Lehmgrubenstraße sehr erwünscht, weil dadurch die kurze, gradlinie Führung der jetzigen Linie 17 durch das Stadtzentrum ermöglicht wird.

Die Neueinteilung der Linien auf dem noch verbleibenden Netze wird von der Tatsache beherrscht, daß Breslau zwei Verkehrsschwerpunkte besitzt, den Ring und den Hauptbahnhof, die in geeigneter Weise mit den einzelnen Stadtteilen und möglichst auch unter sich zu verbinden waren. Entsprechend diesem Grundsatze wurden nachstehende Linienführungen gewählt:

Zum Hauptbahnhof: von Zimpel Linie 11; Leerbeutel Linie 18; Scheitniger Vorstadt Linie 14; Matthiasstraße Linie 4; Oswitz Linie 7; Pöpelwitz Linie 6; Gabitzstraße Linie 11; Höfchenplatz Linie 18; Kirschallee Linien 4, 14; Dürrgoy Linie 6; Ohlauer Tor Linie 7; Südring Linie S; Nordring Linie N.

Zum Ring: von Grüneiche Linie 1; Leerbeutel Linie 8; Scheitniger Vorstadt Linie 13; Matthiasstraße Linie 9; Trebnitzer Platz Linie 2; Venderplatz Linie 12; Westend Linie 1, 26; Pöpelwitz Linien 6, 16; Striegauer Platz Linie 8; Gräbschen Linien 5, 15; Kürassier Straße Linien 3, 13, 2, 22; Südpark Linie 2; Hellmuthstraße Linie 12; Dürrgoy Linie 6; Klein-Tschansch Linie 16; Morgenau Linie 26.

Der nächste wichtige Grundsatz war, diese Verbindung gleichzeitig so weit wie möglich als große Durchgangslinien bzw. direkte Verbindungslinien der einzelnen Stadtteile unter sich auszubilden und den störenden Rangierbetrieb am Ring zu beseitigen.

Die Wagenfolge der neuen Linien ist, auf den von verschiedenen Linien gemeinsam befahrenen Strecken, eine zum Teil wesentlich dichtere, wie dies zurzeit der Fall ist, ohne daß ein Mehraufwand an Betriebswagen notwendig wird. Dies ist nur erklärlich, weil eine große Zahl von Straßen untergeordneter Bedeutung in Zukunft keine Straßenbahn mehr besitzen sollen oder schwächer befahren werden als zurzeit, während die verkehrswichtigeren Straßen und Plätze mit einer größeren Zahl von Linien bedacht wurden. Nach Durchführung des neuen Linienplanes werden rund 8,5 Kilometer Betriebslänge weniger befahren. Da die meisten der stillzulegenden Strecken zweigleisig sind, wären rund 15 Kilometer Gleis- und Oberleitungsanlagen weniger zu unterhalten. Neu hinzukommen rund 0,730 Kilometer Betriebslänge.

Mit der Neueinteilung soll auch eine systematische Numerierung der einzelnen Linien vorgenommen werden, und zwar nach dem Grundsatz, daß Linien, die größere Strecken gemeinschaftlich verkehren, oder Linien, die nach einem gewissen Stadtteile führen, ähnlich lautende Nummern erhalten werden; beispielsweise die über die Paßbrücke nach Scheitnig verkehrenden Linien, die Nummern 1, 11, die nach Leerbeutel verkehrender Linien 8 und 18, die aus dem Süden kommenden Linien 2, 12 und 22 bzw. 3 und 13 usw., so daß aus diesen Nummernbezeichnungen schon ohne weiteres auf den grundsätzlichen Linienverlauf geschlossen werden kann. Soweit dieser Grundsatz mit den jetzt bestehenden Linienbezeichnungen vereinbar war, wurden die derzeitigen Liniennummern für die Stammlinien möglichst beibehalten, beispielsweise Linie 2, 3 und 6.

Zur Erleichterung des Umsteigeverkehrs ist beabsichtigt, das Umsteigen auf eine der beiden Ringlinien als „Uebersteigen" zuzulassen. Außerdem sollen Sonntags besondere Sonntagslinien eingerichtet werden oder bestehende Linien nach wichtigen Ausflugsorten verlängert werden.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß eine derartige grundsätzliche Umgestaltung nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, da es sonst unvermeidlich wäre, daß sich das Publikum nicht zurechtfindet. Die Durchführung muß daher schrittweise erfolgen und wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, schon auch deshalb weil die notwendigen Veränderungen in der Gleisanlage auch nur schrittweise erfolgen können.

Der heute vorgelegte Plan wurde zwar wiederholt in der Verkehrsdeputation beraten, eine endgültige Beschlußfassung ist aber nicht erfolgt, da es wünschenswert erschien, das Projekt vor der endgültigen Beschlußfassung der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen.

Linie 1: Vom Tschepiner Platz über die Westendstraße, Königsplatz, Nikolaistraße, Albrechtstraße, Ohlauufer, Lessingbrücke, Scheitniger Straße, Tiergartenstraße nach Grüneiche; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 2: Vom Südpark durch die Kaiser-Wilhelm-Straße, Schweidnitzer Straße nach Odertor wie bisher; Wagenabstand: 5 Minuten.

Linie 3: Von Gabitzstraße, Ecke Kürassierstraße, über Höfchenstraße, Museumstraße, Stadtgraben, Neue Schweidnitzer Straße, Ring, Universitätsbrücke, Matthiasstraße, bis zur Flutstraße; Wagenabstand 10 Minuten.

Linie 4: Kirschallee, Lohestraße, Bohrauer Straße, Hauptbahnhof, Taschenstraße, Katharinenstraße, Sandbrücke, Gneisenauplatz, Blücherstraße zum Endpunkt der Linie 3 in der Matthiasstraße; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 5: Gräbschener Friedhöfe, Gräbschener Straße, Graupenstraße, Ring, Albrechtstraße, Ohlauufer, Lessingbrücke, Adalbertstraße zum Waschteichpark; Wagenabstand: 5 Minuten.

Linie 6: Wie bisher von Dürrgoy nach Pöpelwitz; Wagenabstand: 5 Minuten.

Linie 7: Ofener Straße, Ecke Klosterstraße, Tauentzienstraße, Brüderstraße, Gartenstraße, Sonnenplatz, Neue Graupenstraße, Stadtgraben, Königsplatz, Königsbrücke, Wäldchen, Rosenthaler Straße nach Oswitz; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 8: Von Leerbeutel über Fürstenstraße, Neue Kaiserstraße, Freiheitsbrücke, Ohlauufer, Albrechtstraße, Nikolaistraße nach dem Striegauer Platz; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 11: Von Zimpel über Friedrich-Ebert-Straße, Paßbrücke, Tiergartenstraße, Scheitniger Straße, Adalbertstraße, Lessingbrücke, Ohlauufer, Feldstraße, Grünstraße, Hauptbahnhof, Gartenstraße, Höfchenstraße nach Gabitzstraße, Caroluskirche; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 12: Von Helmuthstraße genau wie heute Linie 17 durch Steinstraße, Lohestraße, Sedanstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ring, Universitätsbrücke, Rosenthaler Straße nach dem Schießwerder; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 13: Von der Gabitz-/Kürassierstraße über Höfchenstraße, Museumstraße, Schweidnitzer Straße, Ring, Universitätsbrücke, Matthiasstraße, Herzogstraße nach Lehmdamm; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 14: Von Kirschallee wie Linie 4 bis zum Gneisenauplatz, dann Sternstraße bis Piastenstraße; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 15: Von Gräbschen — Straßenbahnhof — wie Linie 5 bis Blücherplatz. (An Sonn- und Feiertagen bei Bedarf Verlängerung bis Grüneiche). Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 16: Von Pöpelwitz — Schlachthof — wie Linie 6 bis Taschenstraße, dann durch die Klosterstraße, Ofener Straße, bis zum Friedhof St. Berhardin; Wagenfolge: 5 Minuten.

Linie 18: Von Leerbeutel wie Linie 8 bis Ohlauufer/Feldstraße, dann durch die Feldstraße, Grünstraße, Hauptbahnhof, Bohrauer Straße, Sedanstraße, Viktoriastraße nach dem Höfchenplatz; Wagenabstand: 10 Minuten.

Linie 22: Von Kaiser-Wilhelm-Straße/Kürassierstraße wie Linie 2 bis Universitätsbrücke, von da wieder zurück; Wagenabstand: 5 Minuten.

Linie 26: Von Morgenau über Mauritiusplatz, Klosterstraße, Ohlauer Straße, Neuschestraße, Wachtplatz, Weidenstraße nach dem Tschepiner Platz; Wagenabstand: 10 Minuten.

Südring: Hauptbahnhof, Gartenstraße, Zimmerstraße, Gräbschener Straße, Goethestraße, Herdainstraße, Brüderstraße, Hauptbahnhof wie bisher; Wagenabstand: 7½ Minuten.
Nordring: Hauptbahnhof, Flurstraße, Brüderstraße, Mauritiusplatz, Karpenstraße, Freiheitsbrücke, Kaiserstraße, Piastenstraße, Michaelisstraße, Weißenburger Straße, Trebnitzer Platz, Benderplatz, Rosenthaler Straße, Kohlenstraße, Wilhelmsbrücke, Königsbrücke, Königsplatz, Stadtgraben, Neue Graupenstraße, Sonnenplatz, Gartenstraße, Hauptbahnhof; Wagenabstand: 5 Minuten.

Noch eine Klasse mehr!

Aus den am Sonnabend gemeldeten vierzehn Anfängerklassen weltlicher Schulen, die Ostern in Breslau eröffnet werden, sind inzwischen fünfzehn geworden. Täglich können noch weitere Kinder angemeldet werden. Besonders erwünscht wäre dies aus der Strehlener und Südvorstadt, wo noch zehn Kinder zur Eröffnung einer Klasse fehlen.

Die Welt will betrogen sein!

In unserer Freitag-Ausgabe hatten wir vor dem „Betriebsanwalt" Winter aus Leipzig und dem Besuch einer Konzerthausversammlung gewarnt, die er am letzten Sonntag veranstaltete. Winter, der sich als Volksretter aufspielt und angeblich gegen die Reichsbank einen Prozeß wegen Aufwertung des alten Inflationspapiergeldes führt, versteht es sehr geschickt, Leute zu ködern, die solches Geld noch besitzen und eine Aufwertung erhoffen, obwohl daran gar nicht zu denken ist.

Es ist ein betrübliches Zeichen der Zeit, daß Winter überall, wo er spricht, volle Säle erzielt, trotzdem er pro Person 50 (!) Pf. Eintritt erhebt. Nebenbei treibt er einen schwunghaften Handel mit einer wertlosen „Aufwertungsbroschüre" die er das Stück für 1 Mark verkauft. Auch die letzte Versammlung war wiederum überfüllt. Gegen diesen gerissenen Gaukler haben wir als einzige hiesige Zeitung Stellung genommen und gewarnt — die übrige Presse, selbst der so sensationsbeflissene General-Anzeiger, schwieg! So konnte Winter in Breslau zwei überfüllte Versammlungen abhalten, an denen er schweinemäßig verdient hat. Der alte Lateinergrundsatz: „Die Welt will betrogen sein, also betrüge man sie", ist auch heute noch wahr. Winter kennt seine Pappenheimer!

Erhöhte Gefrierfleischpreise.

Der Magistrat schreibt:

Die bisher für die einzelnen Sorten des zollfreien Gefrierfleisches festgesetzten Preise waren unter der Voraussetzung aufgestellt, daß die billigen und die teueren Fleischsorten im gleichen Verhältnis gekauft werden. Dabei sind, um mit den Preisen nicht gar zu hoch zu kommen, die Preise für die besseren Stücke niedriger gehalten worden, als sie im Verhältnis zu den Preisen für die weniger guten Stücke hätten sein dürfen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß in Breslau vorwiegend die besseren Fleischsorten gekauft werden, während die billigen zurückblieben. Dadurch und durch eine Erhöhung der Einkaufspreise wurde es notwendig, die Preise anders festzusetzen. Vom 14. Oktober an gelten für den Kleinverkauf von zollfreiem Gefrierfleisch folgende Preise: Suppenfleisch (Dünnung) 0,60 Mark, Ochsenbacken ohne Knochen 0,60 Mark, Hochrippe, Kamm, Brust 0,76 Mark, derbes Rindfleisch mit Knochen 0,80 Mark, derbes Rindfleisch zum Braten, ohne Knochen 0,96 Mark, Rouladen und Schabefleisch 1,00 Mark, Filet unausgeschält 1,10 Mark für das Pfund. Da das Gefrierfleisch von allerbesten argentinischen Mastochsen stammt und bei sachgemäßer Zubereitung, das heißt Ansetzen mit siedendem Wasser oder Fett, im Geschmack von frischem Fleisch nicht zu unterscheiden ist, bringt seine Verwendung dem Haushalte erhebliche Ersparnisse. Die amtlich zugelassenen Verkaufsstellen für Gefrierfleisch werden von Zeit zu Zeit durch Bekanntmachungen an den Anschlagsäulen und in den Tageszeitungen mitgeteilt.

Wanderung durch die Oderwälder.

Donnerstag, den 14. Oktober, unternimmt der Wegeausschuß des Breslauer Verschönerungsvereins, der in seinen Arbeiten in diesem Jahre durch das ungünstige Wetter stark gehindert worden ist, eine Wanderung durch die Oderwälder zur endgültigen Festlegung eines Wanderweges zwischen Smortawe und Rogelwitz. Ein Gebiet, das landschaftlich besonders bevorzugt ist. Da es sich um eine Wanderung von 24 Kilometer handelt, muß bereits frühzeitig von Breslau weggefahren werden und zwar von Breslau-Hauptbahnhof um 6,31 Uhr nach Rogelwitz, von wo die Wanderung angetreten wird. In Smortawe ist eine 1½stündige Mittagsrast angesetzt. Die Rückfahrt erfolgt von Linden, abends um 7,14 Uhr, so daß man in Breslau um 8 Uhr eintrifft. Es empfiehlt sich, Mundvorrat für die Wanderung mitzunehmen. Bei Regenwetter wird die Wanderung verschoben.

Nacht-Asyl.

Als in der vergangenen Spielzeit im Thalia-Theater das Stück Maxim Gorkis aufgeführt wurde, gab es im Parkett wohl manchen braven Bürger, der sich an dem frommen Gruseln über so viel Elend ergötzte, um das satt-zufriedene Bewußtsein mit nach Hause zu nehmen: „Ja, ja, wenn man so herunterkommt! Gott, ich danke dir, daß ich nicht so bin . . ."

Haben diese Wohlanständigen einmal danach gefragt, daß man heute durchaus nicht „heruntergekommen" zu sein braucht, um als Obdachloser im Asyl Zuflucht zu suchen? Daß es heute in Breslau Hunderte gibt, die in ihrer Wohnungsnot keinen anderen Ausweg wissen? Wochenlang auf dem Strohsack zu Dutzenden nebeneinander nächtigen müssen, statt sich abends ins gemachte Bett zu legen?

Wie in jeder größeren Stadt, so ist auch in Breslau ein behördliches „Asyl für Obdachlose" Notwendigkeit. Aber das ursprünglich allein dafür vorgesehene Haus an der Schuhbrücke reicht schon lange nicht mehr aus; an der Riedergasse beim Weißenburger Platz wurden weiterhin Baracken zur Unterkunft bereitgestellt. Aber auch diese genügen heute nicht mehr.

Wer sind diese bedauernswerten Obdachlosen? — Nur ein verschwindend kleiner Teil „Penner", ruhelose Wanderer, die sich schlecht und recht durchschlagen. Nein, die verachtende Ansicht, daß sich hier nur das „heimatlose Gesindel" ein Stelldichein gibt, ist grundfalsch. Hier treffen wir wie überall an Stätten der Armseligkeit meist Opfer des Krieges oder seiner Folgen und unserer Wirtschaftsordnung: es sind Breslauer Wohnungslose. Auf die verschiedenen Räume verteilt, „wohnen" hier zahlreiche Familien, getrennt, zerrissen. Hier wächst Jugend auf. Sind die Asylbewohner auch noch erwerbslos, so ist das Maß des Unglücks gestrichen voll.

Der Verfasser dieser Zeilen muß selbst im Asyl nächtigen. Was muß er täglich für Beobachtungen machen? Es ist nicht Raum genug vorhanden. Nicht allein, daß die Strohsäcke — in zwei Reihen auf Gestellen aufgebaut — dicht an dicht belegt sind, die Raumnot zwingt in der Riedergasse auch dazu, im Mittelgang Säcke auf die Erde zu legen. Ein wahres Ringen geht jeden Abend auch um diese armseligen Lager an, und der Unmille richtet sich oft genug ungerechtfertigt gegen die Asylbeamten, die wahrhaftig keinen leichten Stand haben. Man muß ihnen die Anerkennung aussprechen, daß sie Muster von verständigen und ruhigen Ordnungsmännern sind. Andererseits ist es begreiflich, daß sich zuerst alles Ignoriertsein gegen diese erste Zuflucht entlädt.

Der Zustand ist unhaltbar. Der Staat, der das Uebel Wohnungsnot nicht schon vor Jahren an der Wurzel gepackt hat, hat hier — mittelbar oder unmittelbar — wenigstens die Pflicht, dem äußersten Notstand abzuhelfen. Schafft zunächst mehr Raum zum Nächtigen der Obdachlosen! Das ist bald möglich. Wohnungen kann man natürlich nicht aus dem Boden stampfen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 30
Telephon: Ohle 5092.

Achtung, Distriktsführer!

Zur Flugblattverbreitung sind umgehend die genauen Adressen der Lokale, von denen die Verteilung ausgeht, dem Sekretariat zu melden. Dabei ist wichtiges Werbematerial mitzunehmen.

Weibliche Funktionäre der Partei!

Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sitzung sämtlicher weiblicher Funktionäre. Funktionärkarte am Zimmereingang vorzuzeigen.

Schriftführer! Frauenleiterinnen! Distriktsführer!

Diese Woche sind schon wieder die Versammlungsberichte von Oktober fällig. Es fehlen aber bedauerlicherweise vom vorigen Monat noch mehrere Berichte von den nachstehenden Distrikten: Distriktsversammlung: 2, 8, 10, 13, 18, 42. Frauenversammlung: 2, 3, 7, 8, 26/28, 29, 33, 35/38, 42. Holt das Versäumte baldigst nach und liefert recht pünktlich die neuen Berichte ab.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Besichtigung und Führung durch das Städt. Säuglingsheim sowie des Heims der Krüppelfürsorge. Unsere Wohlfahrts- und Waisenpflegerinnen wollen sich zur Teilnahme an dieser Besichtigung schriftlich im Parteisekretariat melden. Es ist anzugeben, welches Heim man besichtigen will. Besichtigungstag Dienstag, den 28. Oktober, 11 Uhr vormittags.

Distrikt 36. Unsere Distriktsversammlung findet **heute, Dienstag, abends 8 Uhr,** bei Hübner, Gabitzstraße, Ecke Menzelstraße, statt. Rednerin ist Genossin Erna Münz. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Abteilung Nikolaitor. Freitag, den 15. Oktober, abends 7½ Uhr bei Arlt, Berliner Straße 82, **wichtige Funktionär-Versammlung.** Genosse Auras spricht über: **„Erlebtes in Rußland".** Kein Funktionär darf fehlen.

Jungsozialisten. Unsere Kapital-Arbeitsgemeinschaft muß diese Woche bereits heute stattfinden. Anfang pünktlich um 8 Uhr.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugend. Heute abend findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, für beide Heime gemeinsam ein Lichtbildervortrag „Die schönsten Seen der Schweiz" mit Erläuterungen des Kollegen Kremser statt. Ebenso sollen sich alle Freunde, die an der Ausgestaltung des Eröffnungsprogramms für das neue Heim mitwirken, zwecks einer organisatorischen Besprechung einfinden. Ferner bitten wir alle Jugendfreunde, die Mittwoch-Notiz zu beachten bezüglich die Eröffnung des Heims 2. Anderssenschule.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Mittwoch Beginn der neuen Arbeitsgemeinschaften.

Ohlauer und Strehlener Tor. Margaretenschule, Tauentzienstraße. Thema: Das Weltbild des modernen Arbeiters. Leiter: Genosse Fessen.

Scheitnig und Sandtor. Benderschule Lehmdamm. 13. und 20. Oktober: Genosse Dr. K. Heisig über „Allgemeine Bildung oder Klassenerziehung". Ab 27. Oktober Genosse Dr. Eckstein über „Parteigeschichte".

Nikolaitor. Posener Schule. Thema: „Was wir wollen". Referent: G. R. Roske.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 1. Mittwoch Musikgruppe, alle erscheinen. Donnerstag Zimmerspiele im Heim Ofener Schule.

Gruppe 5 (Gräbschen). Dienstag ½5 Uhr, Musikgruppe bei H. Geppert. Mittwoch treffen sich alle Kinder um ½5 Uhr an der Caroluskirche. Alle Kinder, die mit nach Neu-Vorwerk (Ferienheim) fahren, müssen dies Mittwoch melden. Fahrpreis 90 Pfg. Näheres in der Gruppe. Freitag treffen sich alle Kinder um ½5 Uhr an der Caroluskirche.

Gruppe 6. Mittwoch treffen sich alle Kinder um 5 Uhr Menzelschule. Freitag treffen sich ebenfalls alle Kinder 5 Uhr Menzelschule.

Arbeitslose SPD.- und Reichsbanner-Kameraden!

Heute nachm. 3 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

Sehr wichtige Versammlung!

Auch Frauen von arbeitslosen Genossen sind mitzubringen. Es wird guter Besuch erwartet.

Ueble Arbeitgeber.

Bei den Kaufleuten Adolf Bloch und Alois Weiser war ein 15jähriges Lehrmädchen beschäftigt, das durch die beiden Genannten in der unanständigsten Weise belästigt wurde. Als dann eines Tages Weiser an ihr einen Notzuchtversuch unternahm, wurde Anzeige gegen die beiden „Arbeitgeber" erstattet. Die Verhandlung am Montag vor dem Großen erweiterten Schöffengericht fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Bloch wurde wegen tätlicher Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis, Weiser wegen versuchter Notzucht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; letzterer auch zu drei Jahren Ehrverlust.

Gefährliche Hausdiebinnen.

Von dem Arbeiterehepaar Hellmann hatten die beiden Hausangestellten, die 36jährige Anna Gießmann und die 33jährige Amanda Werner ein möbliertes Zimmer abgemietet. Am 23. Juli befand sich die Familie H. zu einer Beerdigung auf dem Friedhof. Diese Zeit benutzten die beiden Frauen, um heimlich die Wohnung zu verlassen, unter Mitnahme von allerhand Gegenständen, die der Familie H. gehörten. So wurden Kleidungsstücke, Wäsche und Geschirr gestohlen, außerdem war ein Wandschrank erbrochen und daraus 40 Mark Geld gestohlen worden. Da festgestellt worden war, wohin die beiden Frauen gezogen, wurden die Sachen dort bei einer Haussuchung vorgefunden. Beide Frauen wurden am 24. Juli verhaftet. Vor dem Kleinen Schöffengericht bestritten beide den Diebstahl. Durch die Aussage der Frau H. wurden sie aber überführt. Frau Gießmann befand sich im Rückfalle; sie ist schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft. Gegen diese beantragte der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe. Das Gericht billigte ihr nochmals mildernde Umstände zu und erkannte gegen die Gießmann auf zwei Jahre Gefängnis und gegen die Werner, die noch unbestraft ist, auf 6 Monate Gefängnis. Jeder wurden zwei Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

Gewerbesteuer.

Der Magistrat schreibt:

Mitte dieses Monats wird mit der Zustellung der Bescheide über die Veranlagung zur Gewerbeertragsteuer für die Steuerjahre 1925 und 1926 begonnen werden. Den Bescheiden sind Abrechnungen über die auf die Ertragsteuer geleisteten Vorauszahlungen beigefügt. Die Gewerbetreibenden werden besonders darauf hingewiesen, daß nur die auf die Ertragsteuer geleisteten Vorauszahlungen bei dieser Veranlagung angerechnet werden, nicht die Vorauszahlungen auf die Gewerbekapitalsteuer, da die Gewerbekapitalsteuer für 1925 und 1926 noch besonders veranlagt werden wird.

Die Abrechnung der Steuerkasse mit dem Steuerpflichtigen hat nach den gesetzlichen Bestimmungen innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Veranlagungsbescheides zu erfolgen. Es sind also in dieser Frist die Nachzahlungen zu leisten und die überzahlten Beträge zu erstatten. Beträge unter einer Mark werden für 1925 wegen der Geringfügigkeit nicht nacherhoben und nur auf besonderen Antrag erstattet, wie in den Abrechnungsbriefen durch entsprechenden Stempelaufdruck zum Ausdruck gebracht worden ist.

---

* **Die Anmeldefrist für die Volkshochschule** muß des starken Andranges wegen noch einige Tage verlängert werden. Jedoch können Anmeldungen nur noch kurze Zeit angenommen werden; in mehreren Lehrgängen sind alle Plätze bereits belegt. Anmeldungen von 10—3 und 5—8 Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 18, II., Zimmer 5.

* **Breslauer Volksbühne.** Gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten an der Theaterkasse, vormittags von 10 bis 2 Uhr und nachmittags von 5 bis 6 Uhr, erhalten die Mitglieder der Volksbühne bei den Vorstellungen des Liebich-Theaters — außer Sonnabend und Sonntag — 25 Prozent Ermäßigung auf allen Plätzen. — Eine weitere wesentliche Vergünstigung haben die Mitglieder an allen Spieltagen — gegen Vorzeigen der Mitgliedskarten an den Theaterkassen bis 6½ Uhr — im Ufa- und Tauentzien-Theater.

* **„Akademie" des Humboldtvereins.** Die Ausgabe der Teilnehmerkarten zu den Vortragsreihen und Lehrgängen der Akademie findet bis einschließlich Donnerstag, den 14. Oktober, im Verkehrsbüro Barasch (werktäglich von 9 bis 1 Uhr) statt. Daselbst, sowie in der Geschäftsstelle, Sadowastraße 47, 1. Stock, sind für Jedermann ausführliche Programme, die allen Mitgliedern durch die Reichspost zugegangen sind, erhältlich.

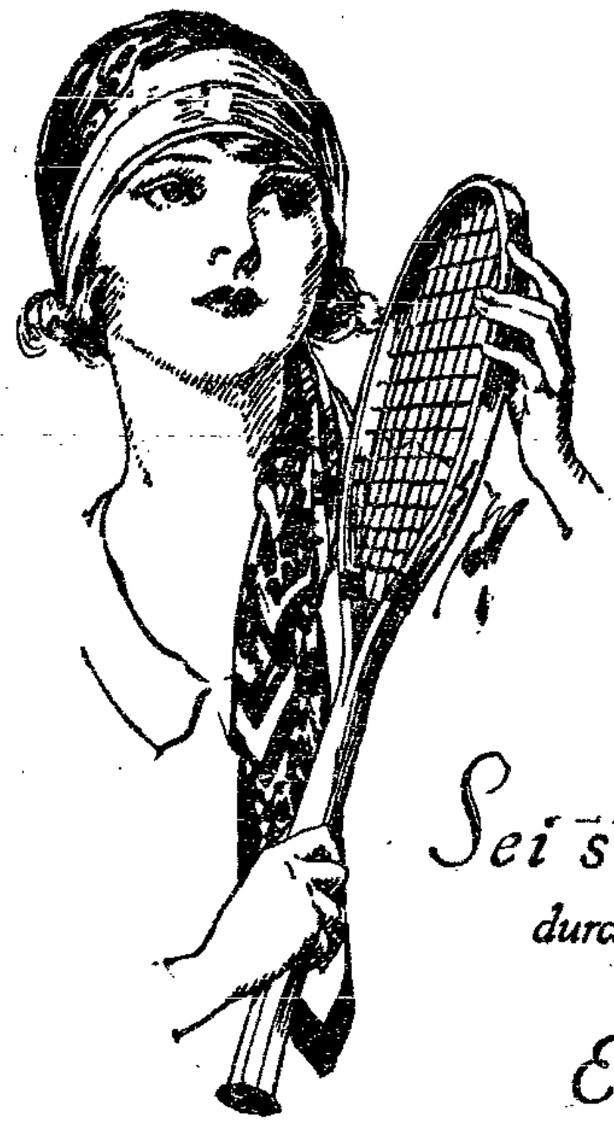
* **Im städtischen Jungmännerheim,** An der Matthiaskunst wird am Donnerstag, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, das Kasperlespiel „Der vergessene Korb" aufgeführt werden.

* **Die Kreuzung Weiße Ohle—Dominikanerplatz** wird wegen Gleiserneuerung in der Zeit vom 14. bis 25. Oktober für Fahrzeuge aller Art vollständig gesperrt. Der Verkehr wird wie folgt umgeleitet: a) Nord-Südverkehr: Ziegengasse, Mäntlergasse, Graben, Poststraße, Taschenstraße. b) Süd-Nordverkehr: Neue Taschenstraße, Neue Gasse, Ketzerberg, Kirchstraße. c) Ost-Westverkehr: Ohlau-Ufer, Dominikanerstraße, Kirchstraße, Breite Straße oder Ohlau-Ufer, Ohlauer Straße, Stadtgraben, Ohlauer Straße. d) West-Ostverkehr: Albrechtstraße, Langeholzgasse, Neumarkt, Breite Straße oder Albrechtstraße, Altbüßerstraße, Ohlauer Straße.

* **Straßensperrung.** Wegen Verlegung der Gasrohrleitung wird die westliche Seite der Moltkestraße einschließlich des Bürgersteiges in der Zeit vom 11. Oktober bis 6. November, der Ritterplatz vor der Sandbrücke vom 11. bis 14. Oktober und die nördliche Seite der Burgstraße bis zur Schuhbrücke in der Zeit vom 11. Oktober bis 6. November halbseitig für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

* Die Feuerwehr mußte gestern vormittag gegen ½11 Uhr nach Schießwerderstraße 38 zu einem Kellerfeuer ausrücken. In einem Heizungskeller hatten die unmittelbar am Ofen liegenden Späne, Stroh, Holzwolle, Bretter u. a. m. Feuer gefangen. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden. Die Feuerwehr hatte mit den Aufräumungsarbeiten zirka eine Stunde zu tun.

* **Bis zu 3000 Mark Belohnung** sind für die Ermittelung der Fälscher von Reichsbanknoten über 10 und 20 RM. ausgesetzt worden. Trotz häufiger Warnungen vor der Annahme falscher Reichsbanknoten gelingt es Fälschern, in erster Linie kleinen Gewerbetreibende mit falschen Noten zu betrügen. Wer die Verhaftung der Hersteller dieser Noten und Beschlagnahme des Falschmünzergeräts veranlaßt oder hierzu beiträgt, hat Anspruch auf einen seiner Mithilfe entsprechenden Teil obiger Belohnung. Die Reichsbank belohnt auch diejenigen Personen angemessen, durch deren Mithilfe die Festnahme von wissentlichen Verbreitern falscher Reichsbanknoten gelingt. In verdächtigen Fällen benachrichtige man die Polizei. Anleitungen zur Prüfung der Reichsbanknoten auf Echtheit werden von den Kassen der Reichsbank kostenlos abgegeben.



Sei schön
durch Spor
und
Elida.

Festes Zugreifen bei Sport und im Hause tüchtig handanlegen ist zwar ein gutes Training für Körper und Geist, aber eine große Gefahr für Hände und Teint.

Elida Jede Stunde Cream: Früh, nach dem Waschen, nach der Hausarbeit, nach dem Tanz — verwende sie zu jeder Stunde, denn sie verschwindet in wenigen Sekunden völlig in der Haut, ist stets unsichtbar, aber nie unwirksam. Eine ideale Unterlage, auf der Puder fest haftet.

Nicht fettend, naturellfarben, Tube 1 M

ELIDA

JEDE STUNDE CREAM

PARFUMERIE »ELIDA« A. G. LEIPZIG-WAHREN

Senden Sie mir kostenlos eine Probetube JEDE STUNDE CREAM. 296

Name: _____

Adresse: _____

Kleben Sie, bitte, den ausgefüllten Kupon auf die Rückseite einer Postkarte.

Metallarbeiter besucht die Montag stattfindende Generalversammlung!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lage im englischen Bergarbeiterkampf.

London, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es bestätigt sich nunmehr, daß der Distrikt Leicestershire auf Grund einer Verabredung zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften des Distrikts die Arbeit wieder aufgenommen hat. Obwohl dieser Schritt zahlenmäßig nicht ins Gewicht fällt, da bereits der größere Teil der Arbeiter dieses Distrikts zur Arbeit zurückgekehrt war, kommt ihm insofern gewisse Bedeutung zu, als es sich um den ersten Distrikt handelt, der sich offiziell von der Politik des Bergarbeiterverbandes losgesagt hat. In den übrigen Distrikten ist eine vermehrte Aktivität der Unternehmer bemerkbar, die Arbeiter zur Rückkehr zu bewegen. Aus allen Distrikten sind bei der Zentrale des Bergarbeiterverbandes in London Nachrichten des Inhalts eingetroffen, daß die Unternehmer den zur Arbeit zurückkehrenden Bergarbeitern Sonderzulagen bis zu 5 Schilling pro Schicht anbieten. Der zahlenmäßige Erfolg dieser Kampagne war bisher jedoch unbedeutend. Es gelang den Unternehmern allerdings, zwei neue Zechen in Hancashire, wenn auch nur mit geringer Arbeiterzahl, in Betrieb zu nehmen.

Die südslawische Arbeiterbewegung.

Von Hermann Wendel.

Vor dem Weltkrieg war in den durch bunte Grenzpfähle voneinander getrennten Teilen des slawischen Südens, aus denen sich jetzt das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zusammensetzt, dem vorwiegend agrarischen Gepräge des Landes entsprechend, die moderne Gewerkschaftsbewegung zahlenmäßig nicht stark, aber in sich gefestigt und zukunftsreich; Organisierte zählte man 1913 in Slowenien 4600, in Kroatien 5188, in der Wojwodina 5000, in Bosnien 5500 und in Serbien, wo der Balkankrieg Lücken gerissen hatte, 4227, insgesamt also auf der Fläche des südslawischen Staates von heut 24 515. Die nationale Einigung des Jahres 1918 brachte anfangs einen allerdings etwas gewaltsamen und künstlichen Aufschwung des Wirtschaftslebens mit sich, da neue Industrien aus dem Boden gestampft wurden, aber das rasche Wachstum der Gewerkschaften in der gleichen Spanne war weniger eine Folge der Hochkonjunktur als des Elends, in das Krieg und Kriegsnachwirkungen die Arbeiter geschleudert hatten. Verzweiflung und Hoffnung stieß die Proletarier aus ihrer Vereinzelung unwiderstehlich in die Fachorganisationen, und die Gewerkschaften erlebten eine Zeit, da bereits alle Schleusen aufgezogen schienen, die sie bislang von der Hauptmasse der Arbeiter getrennt hatten; die Zahl 200 000 für die gewerkschaftlich Organisierten war 1920 nicht allzu hoch gegriffen. Das entsprach ungefähr einem Fünftel aller Lohnarbeiter, deren man 600 000 in Industrie und Gewerbe, 300 000 in der Landwirtschaft und 100 000 in Bergbau und Verkehrswesen annimmt.

Aber nicht umsonst betrachtete Moskau lange den Balkan als archimedischen Punkt, Europa aus den Angeln zu heben. So eifrig wie nirgends rollte im Südosten unseres Erdteils der Rubel und die Lehre der Sowjets, und als Folge wurde die Sozialistische Partei Südslawiens, deren Kern, die serbische Sozialdemokratie, die früher mit der deutschen Partei theoretisch und praktisch in Schritt und Tritt marschiert war, immer mehr nach links abgedrängt, bis es 1920 zur Spaltung kam, und die Kommunisten unter der weder politisch noch gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft eines unentwickelten Landes reiche Ernte hielten; welche Groteske, als im Mittelalter steckende Gebiete, wie Makedonien und Montenegro, in denen nie ein Fabrikschornstein geraucht hatte und in denen es von Analphabeten wimmelte, „klassenbewußte“ Kommunisten in die Skupschina entsandten! Mit der Partei zerbrach auch die Gewerkschaftsbewegung und wurde umso unheilvoller zerrüttet, als ein Ausnahmegesetz den Kommunisten, die zu „revolutionären“ Schießübungen auf Herrscher und Minister übergegangen waren, offiziell den Garaus machte, und die Jünger Moskaus sich jetzt in den Fachverbänden verschanzten. Da ihr Zentral-Arbeiter-Gewerkschaftsausschuß den der Amsterdamer Internationale zugehörigen Arbeiter-Hauptverband Südslawiens auf Tod und Teufel bekämpfte, begann bald eine Massenflucht der angeketteten Arbeiter aus den Gewerkschaften überhaupt. In dem sehr wichtigen slowenischen Kohlenbergbau etwa waren 1920: 11 290, 1924 nur mehr 723 Arbeiter organisiert, und 1923 gehörten von 100 000 Holzarbeitern nur mehr 2900, von 30 000 Lederarbeitern nur mehr 400 der Gewerkschaft an! Wenn in dem gleichen Jahr 1923 die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf 28 000 zusammengeschrumpft war, so zeigte sich Aehnliches, rascher Aufschwung und jäher Absturz in den anderen südosteuropäischen Ländern: auf dem Gebiet, das heute Südslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien einnehmen, gab es 1912: 35 000 gewerkschaftlich Organisierte, 1920: 744 000, 1923: 139 000!

Da aber in Südslawien der Zusammenbruch der Gewerkschaften in die gleiche Zeit fiel wie das Abwelken der künstlichen Wirtschaftsblüte, sahen sich die Arbeiter schutzlos allen Unbilden der ökonomischen Krise ausgesetzt. Wie eine schleichende Krankheit zehrt seit Jahr und Tag Massenarbeitslosigkeit an den Kräften des Proletariats, aber auch die Lage der noch in Lohn und Brot stehenden Arbeiter ist erbärmlich. Während, nach Papierdinar gerechnet, die Kosten der notwendigsten Lebensbedürfnisse 24 mal höher sind als 1914, sind die Löhne im Durchschnitt noch nicht um das Vierzehnfache gestiegen; bei sechs Hauptgruppen, den Arbeitern im Metall-, Holz-, Leder-, Bau- und Nahrungsmittelgewerbe und in der graphischen Industrie, erreicht der Reallohn nur 68 Prozent des Vorkriegslohns. Hand in Hand damit geht das Bestreben der Unternehmerschaft, die sozialpolitische Gesetzgebung, die es auf dem Papier mit den einschlägigen Bestimmungen westlicher Länder aufnimmt, außer Kraft zu setzen. Zwar gehört es zu den unrichtigen Angaben in Henri Barbusses Buch „Die Henker“, daß das Ministerium für Sozialpolitik in Belgrad abgeschafft worden sei, aber Bemühungen zielen in dieser Richtung, und die Arbeitszeit wird trotz der gesetzlichen Festlegung auf acht, in Ausnahmefällen auf neun und zehn Stunden, ungescheut auf zwölf, vierzehn, ja, in abgelegenen Winkeln auf sechzehn Stunden täglich ausgestreckt.

Die Erkenntnis, daß die südslawische Arbeiterklasse im Zeichen der Zersplitterung ganz unter den Schlitten komme, beflügelte im Spätsommer vergangenen Jahres die Einigungstendenzen einsichtiger Köpfe hüben und drüben; gerade bei den Anhängern Moskaus trug dazu die Ueberlegung bei, daß die Verständigung zwischen Paschitsch und Raditsch, das ist: zwischen Serben und Kroaten die letzte Hoffnung der 3. Internationale auf revolutionäre Wirren in Südslawien zuschanden mache. Natürlich fehlte es gleichwohl nicht an Quertreibereien solcher Elemente, die sich vorher die Kehle nach der „Einheitsfront“ heiser geschrien hatten, und Unbelehrbare und Unversöhnliche blieben abseits stehen, aber der Einigungskongreß, der vom 10. bis 12. Oktober 1925 in Belgrad stattfand, brachte das Werk des Zusammenschlusses unter Dach und Fach, indem er den Grundsatz der politischen Neutralität, Unabhängigkeit wie vom Kommunismus, so von der Sozialdemokratie, für die Gewerkschaftsbewegung verkündete.

Schon bald erwies sich die Anziehungskraft des Geeinten Arbeitergewerkschaftsverbandes Südslawiens. Seiner Tätigkeit gelang es im Frühling dieses Jahres, zum erstenmal wieder zu Protestversammlungen gegen den Abbau der Sozialpolitik Arbeitermassen aus ihrer Schlaffheit und Teilnahmslosigkeit aufzurütteln und nicht lange, so begann auch neuer Zustrom zu den Fachverbänden. Beispiele sind der Eisenbahnerverband, der am 1. Januar 1926: 2678, am 1. September 5165 Mitglieder aufwies und der Verband der Privatangestellten, der seit Oktober letzten Jahres 1940 Mitglieder gewonnen hat und ihrer heute rund 5000 zählt. Aehnlich wird sich die Bewegung in den anderen Gewerkschaften gestaltet haben, von denen bis zur Stunde Zahlenangaben nicht vorliegen. Vor allem aber hat, die erste Wiederkehr des Einigungstages praktisch zu begehen, der Gewerkschaftsverband für das ganze Land eine große Werbewoche vom 10. bis 17. Oktober angesetzt, deren Ergebnissen er voller Vertrauen entgegensieht.

Ohne Zweifel befindet sich die Gewerkschaftsbewegung in Südslawien wieder auf aufsteigendem Aste und bietet damit, trotz aller parteipolitischen Neutralität, ein Unterpfand, daß über kurz oder lang auch die Sozialdemokratie den unheilvollen Schwächezustand, der sie lähmt, wie nie zuvor, überwunden haben wird.

Die wachsende Arbeitslosigkeit in Moskau.

Am 1. September dieses Jahres waren in Moskau 141 417 Arbeitslose registriert, gegenüber 116 326 im Vorjahre. Davon entfielen 54 294 auf ungelernte Arbeiter, 6250 auf Metallarbeiter, 6232 auf Textilarbeiter, 3113 auf Drucker, 2182 auf Lederarbeiter. 1697 auf Arbeiter der holzverarbeitenden Industrie, 1339 auf Eisenbahner 915 auf technische Angestellte. („Iswestija“ vom 5. 10. 26, Nr. 229.)

Wirtschaft.

Die teure Kartoffel.

Eine Folge der Valorisierungs-Kunststücke.

Seit geraumer Zeit ist ein starkes Anziehen des Kartoffelpreises festzustellen. Die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer gibt den Preis für 50 Kilogramm Kartoffeln für den Monat September 1926 mit 2,406 Reichsmark an. Nach der gleichen Quelle bezahlte man im Monat September im Kleinhandel für 50 Kilogramm Kartoffeln 4,6 Mark. Gegenwärtig stellt sich der Kartoffelpreis in Berlin im Kleinhandel auf 5 Mark und mehr. Demgegenüber lohnt es sich festzustellen, daß man für dasselbe Quantum Kartoffeln im September 1913 im Großhandel 1,80 Mark und im Kleinhandel 3 Mark bezahlte. Die Preissteigerung gegenüber 1913 beträgt weiter über 50 Prozent. Danach gehört die Kartoffel zu den Waren, deren Preise über den allgemeinen Stand der Teuerung hinaus angezogen haben. Der Index für den Kartoffel-Kleinhandelspreis betrug im September 153, während der allgemeine Teuerungsindex nur 142 ausmacht. Das ist von um so größerer Bedeutung, da Millionen unseres Volkes in ihrer Lebenshaltung infolge der steigenden Preise für Brot und Fleisch auf die Kartoffel angewiesen sind.

Wodurch erklärt sich die Verteuerung der Kartoffel, eines der wichtigsten Nahrungsmittel des deutschen Volkes? Die Agrarier und ihre publizistischen Verfechter sind mit der Antwort schnell bei der Hand und verweisen darauf, daß die Kartoffelernte äußerst schlecht ausgefallen ist. Die von der Statistischen Korrespondenz mitgeteilte Begutachtungsziffer für die Kartoffelernte im Freistaat Preußen lautet auf 3,4 gegenüber 2,8 im Vorjahre. Wir haben also in diesem Jahre mit ungefähr der gleichen Ernte zu rechnen, wie im Jahre 1923. Diese war aber nicht ausgesprochen schlecht, wenn sie auch nicht als gute Mittelernte bezeichnet werden konnte. Im Jahre 1925 machte unsere Kartoffelernte rund 42 Millionen Tonnen aus. Den Durchschnittsertrag an Kartoffeln im Deutschen Reiche schätzt man auf Grund einer Beobachtungszeit von zehn Jahren auf ungefähr 36 Millionen Tonnen. Wenn auch heuer, nach den eingelaufenen Schätzungen, nicht wie im vorigen Jahre mit einem Rekordertrag von rund 148 Doppelzentnern pro Hektar zu rechnen ist, kann man doch annehmen, daß die gesamte Ernte über 30 Millionen Tonnen betragen wird. Sicherlich haben sich damit die zur Verfügung stehenden Bestände gegenüber dem Vorjahr verringert. Eine andere Frage ist es aber, ob man infolge der schlechteren Ernte gegenüber dem Vorjahre die empfindliche Preissteigerung für Kartoffeln erklären kann.

Gewöhnlich ist es so, daß, wenn keine Preisabmachungen bei den Produzenten vorliegen, der Preis sich durch die Nachfrage und das Angebot einer Ware bestimmt. Wird das Angebot durch irgend welche Ursachen, zum Beispiel schlechte Ernte usw., verringert, so ist der Käufer gezwungen, einen hohen Preis zu zahlen. Er tut das, um eben in den Besitz der notwendigen Ware zu kommen und weil die Gefahr vorhanden ist, daß er die benötigte Ware nicht erhalten kann. Die Preissteigerung erklärt sich also durch Mangel an Ware. Liegt ein solcher Mangel gegenwärtig hinsichtlich der Kartoffel vor? Die Frage muß verneint werden. Deutschland steht an der Spitze der Kartoffel produzierenden Länder und leidet ständig unter dem Ueberfluß an Kartoffeln. Gerade die Agrarier sind es, die uns dieses immer wieder vorhalten, wenn sie Konzessionen auf dem Gebiete der Verarbeitung der Kartoffel zu Sprit fordern. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Bevölkerung in Deutschland ungefähr 9½ bis 10 Millionen Tonnen Kartoffeln als direktes Nahrungsmittel verbraucht. Der Rest wird nur zum kleinsten Teile industriell verarbeitet. So dürfte zum Beispiel die Verwendung der Kartoffel zu Halbfabrikaten, unter anderem zu Kartoffelflocken, nur geringe Mengen unserer Kartoffelernte erfordern. Man darf annehmen, daß die gegenwärtig in Deutschland festgestellten über 300 Kartoffelflockenfabrikanten nicht mehr als eine Million Tonnen Kartoffeln verarbeiten. Die Mengen, die der Herstellung von Motorsprit und Kartoffelstärke dienen, sind ebenfalls so gering, daß sie niemals eine wirkliche Gefahr für die von der Bevölkerung in Deutschland benötigten Kartoffelmenge ausmachen können. Nimmt man den Bedarf an Kartoffeln für die direkte menschliche Ernährung und für die verschiedenen industriellen Verarbeitungen mit ungefähr 15 Millionen Tonnen an, so hat man ohne Zweifel hoch gegriffen. Der Rest unserer Durchschnittsernte an Kartoffeln, also rund 21 Millionen Tonnen, wird äußerst unrationell zu Fütterungszwecken benutzt oder verkommt. Das ist einne Tatsache, auf die seit längerer Zeit von wirklichen Fachleuten hingewiesen wird. Zieht man aus diesen Verhältnissen aber den Schluß hinsichtlich der Kartoffelpreisbildung, so muß festgestellt werden: Trotz der verhältnismäßig schlechteren Ernte im Jahre 1926 gibt es in Deutschland keine Kartoffelknappheit, die eine Preisübersteigerung der Kartoffel erklären könnte.

Wenn der Kartoffelpreis trotzdem in die Höhe geht, sind die Ursachen dafür auf einem anderen Gebiete zu suchen. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat es durch Zoll- und andere Maßnahmen fertig gebracht, die Preise für landwirtschaftliche Produkte in die Höhe zu treiben. Dabei hat die mit Hilfe von Geldern der alten Reichsgetreidestelle und der an hohen Preisen in der Landwirtschaft interessierten Industrien ermöglichte Roggenvalorisierung eine besondere Rolle gespielt. Die Haussierung der Preise erstreckte sich in erster Linie auf Roggen. Der Roggenpreis stellte sich im September 1913 pro 50 Kilogramm auf 8,12 Mark. Er machte im September rund 10,16 Mark aus. Dadurch wurde natürlich der Roggenmehlpreis beeinflußt. Wir zahlten für ½ Kilogramm Roggenmehl im September 1926 rund 21 Pfennige, gegenüber 16 Pfennigen im September 1913. Aehnlich liegt es bei dem Brot. Der Preis für ½ Kilogramm Brot stellte sich im September 1913 auf 14,5 Pfennige und im September 1926 auf 19 Pfennige. Das bedeutet eine Indexsteigerung von 128 auf 135. Durch die Roggenvalorisation wurden aber nicht nur alle Waren, die aus Roggen hergestellt werden, verteuert, sondern auch andere wichtige Agrarprodukte. Es ist zum Beispiel eine bekannte Tatsache, daß nicht nur der Weizenpreis, sondern auch die Preise für Ochsen, Schweine usw. dem Anziehen des Roggenpreises folgen. Die Roggenvalorisierung hat eben eine allgemeine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte ausgelöst. Ein Zeichen dafür ist ja, daß sich nach dem amtlichen Großhandelsindex für den Stichtag des 6. Oktober der Index für die Agrarerzeugnisse auf 130,3 stellt, während der Index für die Industriestoffe nur 123,5 ausmacht. Das Verhältnis war vor der Roggenvalorisation ziemlich umgekehrt. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich auch das Ansteigen des Kartoffelpreises. Nicht die schlechtere Ernte im Jahre 1926 ist es, die für das Anziehen des Kartoffelpreises ins Feld zu führen ist, sondern die allgemeine Tendenz der Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte, die wir der famosen Wirtschaftspolitik des gegenwärtigen Reichskabinetts verdanken.

Genossenschaftswesen.

Die Konsumvereine gegen die Erhöhung des Zuckerzolles.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat am 30. September an den Reichskanzler nachstehende Eingabe gerichtet:

„Wie wir soeben von glaubwürdiger Stelle erfahren, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages beantragt, den Zuckerzoll um das Doppelte, also auf 20 Mark, zu erhöhen

Der Antrag soll bereits in einer am 5. Oktober stattfindenden Sitzung beraten werden. Es wird uns weiter mitgeteilt, daß man seitens der Regierung dieser Sache sympathisch gegenübersteht. Es soll im Ausschuß die Erhöhung beschlossen werden und sofort die Erhöhung in Kraft treten, ohne diese wichtige Frage erst später durch den Reichstag zur Klärung zu bringen.

Als größte Organisation der deutschen Konsumenten erlauben wir uns, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß unseres Erachtens die Erhöhung des Zuckerzolles nur dazu dienen muß, einer bestimmten Industrie und deren Produzenten Beträge zuzuweisen, andererseits aber den Konsumenten den Zucker zu verteuern, denn sofort nach Inkrafttreten des erhöhten Zolles würde die Erhöhung auf die Konsumenten abgewälzt werden.

Zu unserem größten Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß man es nicht verstehen wird, wenn die Reichsregierung in der gegenwärtigen Zeit der furchtbaren Erwerbslosigkeit dazu beitragen würde, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel wie der Zucker noch durch den Zoll verteuert und somit noch mehr der um ihre Existenz ringenden Bevölkerung entzogen wird. Es steht fest, daß, wenn der Zucker verteuert wird, die unter der Arbeitslosigkeit leidenden Bevölkerungsschichten und die Kriegerhinterbliebenen weniger Zucker kaufen und somit die Ernährung gerade dieser Kreise noch weiter verschlechtert wird. Bei Beurteilung dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß man Zucker nicht als Genußmittel, sondern als ein hochwertiges Nahrungsmittel bezeichnen muß.

Wir erlauben uns, Ihnen die Bitte zu unterbreiten, diesem Vorhaben der Interessenten seitens der Reichsregierung den größten Widerstand entgegenzusetzen, damit diese Zollerhöhung unterbleibt und nicht dazu beiträgt, daß durch die eingehenden Zölle die Reparationsverpflichtungen des Deutschen Reiches erhöht werden, während umgekehrt die Ernährungsschwierigkeiten sich weiter ausdehnen und dazu beitragen, die Unzufriedenheit bei den deutschen Konsumenten zu steigern.

Wir glauben, daß es nur dieser Mitteilung bedarf, um zu verhindern, daß die Reichsregierung der Erhöhung des Zuckerzolles zustimmt.

Arbeiter-Sport

1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau E. V. Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses. Ich verweise noch auf das Sparen für die Angelkarte bei der Arbeiterbank. Bis 20. Dezember müssen die Gelder eingezahlt sein. Vorstandsmitglieder treffen sich eine Stunde früher im Restaurant. I. A.: Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Breslau. Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause eine Kinderturnwartssitzung statt. Im Interesse unserer Kinderbewegung wird auf vollzähliges Erscheinen aller Kinderturnwarte gerechnet. (Zimmer an der Tafel.) Der Kinderausschuß.

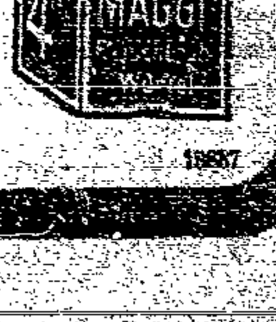
Arbeiter-Turn- und Sportbund. 1. Bezirk. Sämtliche Gruppenvertreter (Turnwarte) melden sofort an den Unterzeichneten genaue Adresse und Gruppe an Rudolf Knobloch-Ohlau, Bezirksvertreter.

Schachnachrichten. Anfängerkursus. Vielfachen Wünschen entsprechend, richten wir für die Gegend des Odertors eine neue Abteilung auf dem Lehmdamm 38, Rest. „Daniel“, ein. Spielabende finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, statt. Der erste Spielabend ist bereits am 14. Oktober und beginnt mit einem Anfängerkursus, der sich über 3 bis 4 Spielabende erstreckt. Arbeiter und Angestellte, die das edle Spiel unentgeltlich erlernen wollen, bitten wir, sich am ersten Abend dazu anzumelden. — Die Sitzung der Problemvereinigung findet am 14. Oktober abends 8 Uhr, bei Hanke, Leuthenstraße 34/36, statt. Schachgenosse Rittner spricht über „Schachgefahr und Schachprovokation“. Sonnabend, 16. Oktober, ist abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, die erste Versammlung der Kampfmannschaft. Erscheinen müssen die 18 Genossen, die zur Kreismannschaft aufgestellt worden sind.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einfach in kochendem Wasser aufgelöst, ergibt der Würfel gut ¼ Liter kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



19867

Aus Schlesien.

Köben a. Oder. Von der Ankerwinde erschlagen. Der Schiffer Oswald Becker von hier ist durch einen Unfall zu Tode gekommen. Beim Bedienen der Ankerwinde schlug die Kurbel plötzlich zurück und verletzte Becker tödlich.

Reichenberg. Der Fälscher und Verbreiter der falschen tschechischen Tausendkronen-Noten verhaftet. Die Affäre der falschen tschechoslowakischen Tausendkronen-Noten ist rasch geklärt worden. Der 35jährige Reisende Franz Bittner aus Hohenelbe im Riesengebirge, wegen Geldfälschung vorbestraft, hat nach eigenem Geständnis acht falsche Tausender angefertigt, vier in Reichenberg, drei in Brünn und eine in Arnau im Riesengebirge verausgabt. Er wurde in Brünn erkannt und verhaftet, während sein Komplize, der Landwirt Iwan Lahr aus Hohenelbe, in dem Augenblick festgenommen wurde, als er in Hohenelbe aus dem Brünner Zuge ausstieg.

Kreuzburg. Tödlicher Unglücksfall. Am Sonnabend verunglückte gegen 3 Uhr früh der Rangierarbeiter Spyra auf dem hiesigen Bahnhof tödlich. Ein abgestoßener Wagen ging ihm mitten über den Leib, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden.

Glogau. Mühlenbrand. Montag morgen gegen 3/4 4 Uhr brach in der Mühle des Windmüllers Otto Günschel in Altstrunz, Kreis Glogau, Feuer aus, das die Mühle vollständig einäscherte. Nur ein kleiner Speicher konnte erhalten werden. Der Schaden ist beträchtlich. Die Ursache des Feuers ist vorläufig unbekannt.

Glogau. Mutter und Kind in den Tod. Beim Eichelsuchen im Oderwalde, unweit des Dorfes Wilkau, stürzte gestern das fünf Jahre alte Söhnchen des Schiffers Machen in Wilkau in ein Wasserloch. Die Mutter sprang dem Kinde nach, war aber infolge des Schrecks bald erschöpft und fand mit ihrem Kind den Tod im Wasser. Um die so jäh aus dem Leben Gerissenen trauern ein Gatte und drei kleine Kinder.

Glogau. Verworfene Revision. Ein Urteil des Schwurgerichts in Glogau vom 26. Juni dieses Jahres, durch das der Arbeiter Adolf Sander wegen Totschlags und Brandstiftung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, bildete den Gegenstand einer Revisionsverhandlung vor dem Zweiten Strafsenat des Reichsgerichts. Sander hatte im Dezember 1921 in Neusalz den Former Schulz im Schlaf erschlagen und dann das Gebäude in Brand gesteckt. Zunächst blieb seine Täterschaft unentdeckt. Im Jahre 1925 erzählte er in der Strafanstalt Groß-Strehlitz einem Mitgefangenen davon, der den Behörden Mitteilung machte. Gegen das Urteil des Schwurgerichts war sowohl von der Staatsanwaltschaft, als auch von Sander Revision eingelegt worden. Beide Revisionen wurden verworfen.

Königszelt. Tödlicher Arbeitsunfall. Der Bahnarbeiter Pätzold aus Nieder-Arnsdorf trug eine Bahnschwelle zur Arbeitsstelle und kam mit dieser zu Fall. Die Schwelle fiel ihm mit derartiger Wucht auf den Unterleib, daß dem Unglücklichen die Eingeweide zerquetscht wurden. Er wurde in das Krankenhaus überführt und verstarb nach qualvollen Leiden.

Görlitz. Von einem Gartentor erschlagen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Gobbinstraße. Der sechsjährige Walter Müller vergnügte sich damit, daß er sich an einem offen stehenden Tor hin- und herschwenkte. Plötzlich brach die eine Säule des Tores weg, das Tor sprang aus den Angeln und drückte dem Jungen den Kopf ein, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Görlitz. Mit Gas vergiftet hat sich hier auf der Krischelstraße eine Frau Wagner. Sie hatte das Leben satt und schon mehrfach Selbstmordversuche unternommen. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Gablonz a. N. Raubüberfall im Isergebirge. Der fünfzehnjährige Rechtsanwaltssohn Erich Lanzenberger in Gablonz wurde auf einem Spaziergange im Wünschelloche von einem Strolche angehalten und nach Geld befragt. Da der Knabe laut um Hilfe rief, stieß ihm der Raubgeselle ein Messer in die Brust. Der Ueberfallene mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Aerzte stellten lebensgefährliche Stichwunden unterhalb des Herzens fest.

Katscher. Ein Kind im Schlamm erstickt. Der Melker Gerisky aus Katscher vermißte sein zweijähriges Söhnchen. Nach langem Suchen wurde im Hofe des Dienstherrn der Ententümpel untersucht, wo das Kind erstickt vorgefunden wurde. Tragischerweise wurde gerade an dem Unglückstage mit der Zuschüttung des Tümpels begonnen. Das Kind ist jedenfalls beim Spielen in den neugeschütteten Teil gefallen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe

spricht am Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Kabitz' Lokal in Schmolz. Massenversammlung wird erwartet.

Kreiskonferenz der SPD.

Zu der am Sonntag, den 10. Oktober, in Neumarkt tagenden Kreiskonferenz waren Funktionäre sowie Gäste aus den Städten und Gemeinden: Neumarkt, Maltsch, Deutsch-Lissa, Ober-Stephansdorf, Bischdorf, Dambritsch und Falkenhain erschienen. Der Kreisvertrauensmann eröffnete die Sitzung und hieß alle Funktionäre herzlich willkommen. Er entwarf einen kurzen Rückblick seit der letzten Tagung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung „Unser Kampf gegen die Reaktion" referierte in einstündigem Vortrag Lehrer Genosse Kionke (Opperau). Er führte unter anderem aus: Keine geschichtlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte haben sich so umwälzend ausgewirkt, als der Krieg. Selbst Vertreter des Deutschen Historikertages haben zu erkennen gegeben, daß ihre bisherige Einstellung falsch sei und eine Umstellung unbedingt erforderlich erachteten. Deutsche Finanz- und Industriekapitäne reisen nach Amerika, um andere wirtschaftliche Formen zu studieren. Die Reaktion aber stemmt sich jeder einigermaßen möglichen Verständigung der Völker untereinander entgegen. Ehe Stresemann nach Locarno fuhr, lud sich letzterer die Führer der Deutschnationalen Partei ein, um zu wissen, inwieweit die Volksbeglücker und Schürer neuer Kriege in der auswärtigen Politik Beistand leisten wollen. Sie erklärten, wir erkennen die Staatsform nicht an, sind jedoch bereit, dem Kurse auswärtiger Politik keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ihr Bestreben ist, durch hinterlistige Politik wieder an die Regierungsmaschinerie zu gelangen, um alsdann ausgesprochene junkerliche Interessenpolitik machen zu können.

Auch in der inneren Politik arbeitet die Reaktion gegen jede vernünftige Gesetzgebung. Sie ist ein strikter Gegner sozialer Forderungen, vor allem der Wohlfahrtspflege. Ist es nicht bezeichnend, wenn der deutschnationale Abgeordnete Wittmann erklärte, daß die Erwerbslosen nicht arbeiten wollen? Das Bestreben von Junkertum und Hochindustrien ist Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Schonung der besitzenden Klasse und Verteilung der Lasten auf die Schultern der breiten Masse. Zu allen den Erfolgen, die diese Kreise bis jetzt zu verzeichnen hatten, trug vor allem bei die Justiz, die Unkenntnis des Bürgertums und die Vergeßlichkeit des Volkes. Das Richtertum zeigt an unzähligen Beispielen, daß man Gegner republikanischer Staatsform ist. Landarbeiter wurden wegen Beteiligung am Volksentscheid unbarmherzig auf die Straße geworfen. Erfolg der Wahlen liegt verbürgt in straffer, starker Organisation: 1. Partei, 2. Gewerkschaft, 3. Genossenschaft, 4. Volksfürsorge, 5. Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschüssen. Auch die Bildung der Arbeiterschaft ist nicht aus dem Auge zu lassen. Der Mangel an geeigneten Kräften hat oftmals geschadet. Mit den Worten: „Es ist Zeit, daß wir uns wieder zählen, es ist Zeit, uns zu neuem Kampf zu stellen", schloß der Referent den beifällig aufgenommenen Vortrag.

Ueber die bevorstehende Werbewoche referierte in treffenden Ausführungen der Kreisvertrauensmann. Ein großes Augenmerk sei den Landarbeitern zu widmen, die von der Wühlarbeit der Reaktion am meisten bedacht werden. Der Abbau von landwirtschaftlichen Arbeitern, die von engstirniger, brutaler Arbeitgeberpolitik demnächst zu erfolgenden Massenkündigungen, der Ruf der Arbeitgeber nach polnischen Arbeitern, alles sind Mittel, um in der Werbewoche für die Partei und Gewerkschaft wichtige Arbeit zu leisten. Ersucht wurde um baldige Einsendung von Vorschlägen zur Wahl von Geschworenen und Schöffen. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Dem im Kreise beobachteten Wirken kapitalistischer Versicherungen gegenüber wurde auf die „Volksfürsorge" hingewiesen, ferner auf den am Sonntag, den 17. Oktober, stattfindenden Bunten Abend Hoffmanns Roter Sänger. — Der Kreisvertrauensmann gab bekannt, daß die nächste Kreiskonferenz am Totensonntag stattfindet. An der regen, sachlichen Aussprache konnte der Konferenzleiter in seinem Schlußwort hervorheben, daß die Auswirkung der Tagung bester Erfolg für Partei und Presse sein möge.

Groß-Mochbern. Heute abend 8 Uhr großer Lichtbildervortrag im Lokal Schreier. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Klettendorf. Zur Bildwoche. Anläßlich des Stattfindens der 7. Bildwoche fand auch in Klettendorf auf Anregung des Gemeindevorstandes am Sonntag eine Veranstaltung statt. Eine große Anzahl auswärtiger Gäste war erschienen, die vorher eine Besichtigung der Gemeinde vornahmen. Großes Interesse erweckte die Siedlung, und sie gab manchem kommunal-politisch tätigen Gast Anregungen. Um 4 Uhr begann die Veranstaltung bei Konrad. Der Gemeindevorsteher, Genosse Kleinert, begrüßte die Gäste und Einwohner und gab ein lebendiges Bild von der Entwicklung Klettendorfs und seiner Zukunftsmöglichkeiten. Das Erreichte auf kulturellem Gebiet wurde gewürdigt. Um eine intensivere Betreibung der Körperkultur zu ermöglichen, wurde der Sportplatz gebaut. Ihm wird eine Turnhalle mit Haushaltsschule folgen. Auch die Eingemeindungsfrage wurde vom Vortragenden berührt und darauf hingewiesen, daß der Gemeinde keine Vorteile aus ihr erwachsen würden, im Gegenteil, die Nachteile überwiegen. Genosse Kleinert schloß mit dem Wunsche, daß Klettendorf als selbständige Gemeinde erhalten bleibe. Nach ihm sprach Professor Dr. Lampe-Berlin. Er knüpfte an das vom Gesangverein Klettendorf vorgetragene Lied „Da wird mein Herz noch jung", an. Trotz seines Alters fühle er sich noch jung, was ihm in Klettendorf besonders zum Bewußtsein gekommen sei. Aus der Natur des Landes erwachse die Kultur. Klettendorf zeige so recht, daß ein fester Wille alles vermöge. Was er hier geschaut habe, werde ihm Ansporn sein. Lebhafter Beifall dankte dem Redner. Es folgte nun eine Filmvorführung, betitelt: „Der Boy aus Flandern", eine Handlung, wie man sie sehr selten in Lichtspieltheatern findet, von allem Schund und üblichem Romankitsch abweichend. Die Veranstaltung ließ bei allen Besuchern das Gefühl, schöne und erbauende Stunden verlebt zu haben, zurück.

Brockau. Der große Tag von Brockau, nämlich die Fahnenweihe des Stahlhelms, ist vorüber und ganz Brockau ist enttäuscht, besonders über die Beteiligung. Nachdem man uns fast zwei Jahre lang von Festvorbereitungen erzählte, und wie immer, von dem „großen Messer" ausgiebig Gebrauch gemacht hat, stellten wir fest, daß anstatt der „17 000 Uniformierten" nur 560 Mann, die Brockauer mit eingerechnet, den Stahlhelm in Brockau spazieren trugen. Von diesen 560 waren die größere Hälfte Knaben, so daß man den Festzug leicht mit einem Schülerausflug verwechseln konnte. Ein glücklicher Einfall war es, sich mit Tornister und Schanzzeug zu belasten, sonst hätte der heftige Wind in den Reihen der Helden arge Verwüstungen angerichtet. Die Nationalen waren enttäuscht über das musterhafte Verhalten der Republikaner, hatten sie doch damit gerechnet, Rache üben zu können für die verlorene Schlacht bei der Denkmalsweihe. Eines fiel im Umzuge auf, was nur zu loben war: Am Schluß des Zuges marschierte eine Abteilung in schwarzen Hemden, sie führte eine schwarze Fahne mit, geschmückt mit dem Wappen der Kammerjäger (Totenkopf mit drei Hakenkreuzen, in jeder Ecke ein „W"). Das sollte wohl andeuten: „Tod den Wanzen". Wie notwendig diese Kammerjäger an der Front waren und es offenbar heute noch sind, wird ja jeder empfunden haben, der im Kriege von Ungeziefer geplagt wurde. Wirklich ein genialer Gedanke, ein Fortschritt auf dem Gebiete der Kriegstechnik, wahrscheinlich von der „Gesolei" und der Reichsgesundheitswoche angeregt. Seltsam ist es aber, daß der Stahlhelm diese segensreiche Einrichtung der modernen Kriegsführung schon in Friedenszeiten in Anwendung bringen will. Sollte es etwa mit der Sauberkeit seiner Mitglieder schon soweit gekommen sein? Armes Deutschland! Daß in Brockau etwas Besonderes los war, merkte man auch des Nachts an dem toleranten Verhalten der Ortspolizei. Unsere Polizei, die sonst immer tatkräftig eingreift, wenn es auch nicht immer notwendig ist, drückte beide Augen zu und ließ die Stahlhelmer nach der Polizeistunde singend und musizierend ungehindert zum Bahnhof marschieren, wo sonst jede, nicht ganz leise geführte Unterhaltung und jeder Betrunkene ihren Zorn entfacht und zum Einschreiten veranlaßt. Und wehe dem, der versuchen sollte, sich zu rechtfertigen, dem werden buchstäblich die Sachen vom Körper gerissen. Die Herren Weißbrich, Matzke und Goldbach hatten wohl an dem Abend zufälligerweise frei?

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Hinter der Sturmzyklone 50 D brach kalte Polarluft über ganz Mitteleuropa vom Nordatlantik ein. Ihr folgt jedoch von England her eine neue Zyklone 51 A, mit der vorübergehend mildere Westluft zu uns hereinkommt. Da weitere Zyklonen auf dem Ozean bereits zu erkennen sind, wird die Witterung zunächst ihren Wechsel auf den Charakter beibehalten. Aussichten für das schlesische Flachland: Bei zeitweise auffrischenden westlichen Winden wechselnd bewölkt, einzelne Schauer, vorübergehend etwas milder. Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge: Bei auffrischendem südwestlichen Winde wechselnd bewölkt, nur vereinzelt geringer Regen, nach kühler Nacht mit Bodenfrösten tagsüber etwas milder. Aussichten für die schlesischen Hochgebirge: Bei erneut zunehmenden westlichen Winden stark wechselnde Bewölkung, vereinzelt leichter Schnee, etwas wärmer.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 12. 10. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Krietern	11	18	8	Regen	WSW 5	gering	
Schneekoppe			−8	Schnee	SW 3	3,2	
Grünberg	9	12	6	Regen	S 4	2	
Oberschreiberhau	8	11	7	„	S 7	10	
N.Schles. Baude	1			Nebel Regen	N 5		
Reifträgerbaude	1	1	1	„	SW 8	4,2	
Reinerz	8	11	7	halbbedeckt	WSW 6	gering	
Landeck	10	12	7	heiter	SSW 9		
Görlitz	10	12	8	Regen	SW 5	gering	
Bad Flinsberg	8	11	5	bedeckt	S 7	„	
Beuthen	10	12	6	wolkig	SW 5		
Proskau	10	14	5	„	S 5		
Heufuderbaude	3	6	2	bedeckt	SW 5	1,6	
Kreuzburg	10	14	7	Regen	SSW 3	gering	
Neisse	10	13	8	halbbedeckt	SW 5		
Gleiwitz	10	12	5	wolkig	SSW 5		
Zobten							
Friedland							
Lobris, Kr. Jauer	10	13	8	Regenschauer	SW 4	gering	

Wasserstand

12. Oktober.

Ratibor	1,13	Ransern (Unter-Pegel)	2,16
Neisse (Stadt) v. 11. 10.	−0,63	Dyhernfurth	1,41
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,54	Abflußmenge sekundlich 77 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2,21	Fürstenberg vom 11. 10.	0,75
Treschen	1,08	Wasserwärme: + 11,5°	

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 11. Oktober.

1 Pfund Sterling	20,359	100 frz. Francs	12,11
1 Dollar	4,195	100 tsch. Kronen	12,42
100 holl. Gulden	167,89	100 Schweizer Francs	81,04
100 belg. Francs	11,71	100 Pesetas	62,52
100 norw. Kronen	91,87	100 schwed. Kronen	112,13
100 Danzig. Gulden	81,42	100 000 ung. Kronen	5,87
100 Lire	17,40	100 östr. Schilling	59,21
100 dän. Kronen	111,44	100 Zloty	46,33

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 11. Oktober gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz Getreide: Stetig — Oelsaaten: Weiter ruhig. — Kartoffeln: Ruhiger. — Mehl: Fest.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	11.	9.	Oelsaaten:	11.	9.
Weizen 75 kg†)	27,00	27,00	N. Winterraps	30,—	—
Weizen 71 „ §	26,00	26,00	Leinsamen	33,—	—
Roggen 71 „ †	22,20	22,00	Senfsamen neu	42,—	—
Roggen 68 „ §	21,40	21,40	Hanfsaat	—,—	—
Hafer*)	16,00	16,00	Blaumohn	84,—	—
Braugerste*)	24,00	24,00			
Mittelgerste	21,00	21,00			
Winter-Gerste*)	17,00	17,00			

†) Gute Qualität. §) Durchschnitts-Qualität. *) Mittlere Art und Güte.

(Winterraps, Lein-, Senf-, Hanfsamen, Blaumohn der letzten Ernte.)

Speisekartoffeln, rote und weiße 3.00.
Fabrik-Kartoffeln für das Prozent Stärkegehalt 0.12.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	11.	9.		11.	9.
Weizenm. (70%)	40,50	40,50	Auszugmehl	47,00	47,00
Roggenm. (70%)*	32,75	32,75			

Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Arbeiter-Sport.

Freie Turnerschaft, E. V., Breslau, 4. Knaben-Abteilung (Gräbschen). Heute abend 1/2 7 Uhr, Turnhalle Reichstraße: Schauturnen aus Anlaß des sechsjährigen Bestehens der 4. Knaben-Abteilung. Eltern und Freunde laden wir nochmals herzlichst ein.

Persimmon 8 Pfg.
Corps Diplomatique 10 Pfg.
Die tonangebenden Zigaretten mit echtem Strohmundstück
L. PRZEDECKI, Zigarettenfabrik „Sultan", Breslau II. (Stammhaus gegr. 1860.) Berlin W. 8, Passage 45/46.
13229

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Karl, für die Anzeigen: Max Lodas. — Redaktion Fränkelplatz 2. — Hauptexped. Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.